Leibniz Online, Nr. 36 (2019)
Zeitschrift der Leibniz-Sozietät e. V.
ISSN 1863-3285

Johann Gross (MLS)

Zur Vereinigung von Medizinisch-Wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR und BRD (1989/90) – Ein Zeitzeugenbericht

Veröffentlicht: 04.06.2019

Zusammenfassung

Die Gründung von Medizinisch-Wissenschaftlichen Gesellschaften (MWG) der DDR in den 1960er Jahren war eine notwendige und richtige Entscheidung. Das wissenschaftliche Leben der MWG war geprägt durch eine Reihe wichtiger Prinzipien wie die enge Verbindung von Theorie und Praxis, die Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit, die Beachtung der Einheit von Forschung, Lehre, Krankenversorgung und Weiterbildung, die Zusammenfassung inhaltlich zusammen gehöriger Fachgebiete zu Dachgesellschaften und die Wahrung und Achtung der wissenschaftlichen Tradition. Entgegen den Erwartungen vieler Mitglieder und Vorstände der MWG der DDR erfolgte nach der staatlichen Vereinigung am 3. Oktober 1990 mit Ausnahme der Biochemischen Gesellschaft keine gleichberechtigte Vereinigung der MWG der DDR und BRD. Die DDR-Gesellschaften wurden aufgelöst und jedes Mitglied hatte sich neu zu bewerben. Enttäuscht verzichteten viele Mitglieder auf diesen Neuanfang und zogen sich vom wissenschaftlichen Leben in MWG zurück.

Einleitung

In wenigen Monaten jährt sich zum 30. Mal der Jahrestag der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze am 9. November 1989. Zu diesem Ereignis sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel kürzlich in einem Interview [5]: „Und nun, 30 Jahre später, kommen die Fragen noch einmal zurück: Was ist eigentlich damals passiert? Was haben wir geschafft? Das hat einerseits mit dem Lebensalter zu tun, andererseits mit dem Abstand. Viele Ostdeutsche sind in diesem vereinten Deutschland angekommen und haben dennoch das Bedürfnis, Bilanz zu ziehen. Die DDR-Gesellschaft war nun einmal ganz und gar anders aufgebaut als die alte Bundesrepublik, und das wird in den alten Bundesländern bis heute wenig verstanden."

Im Jahre 1989 war ich Mitglied des Präsidiums der *Gesellschaft für experimentelle Medizin* der DDR (GEM) und Mitglied des Vorstandes der *Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik* der DDR (GKCLD). Von Seiten der GEM war ich Ansprechpartner für die *Gesellschaft für Neurowissenschaften* (GNW) der DDR. In diesen Funktionen erhielt ich die Protokolle und Materialien, die Auskunft geben über die Vorgänge, Diskussionen, Bemühungen, Missverständnisse, Schwierigkeiten und Etappen der Vereinigung dieser beiden Gesellschaften. Wenn möglich und sinnvoll, nutze ich für die vorliegende Darstellung wörtliche Zitate aus den Protokollen der Vorstandssitzungen, aus Briefen, Dokumenten und Publikationen der drei Fachgesellschaften (sie sind „entsprechend" gekennzeichnet). Alle Protokolle und Materialien habe ich dem Archiv der HU überlassen (https://www.ub.hu-berlin.de)/de/standorte/archiv). Meine Notizen aus jener Zeit vervollständigen das Bild, als sich buchstäblich über Nacht die Möglichkeit der Vereinigung von medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften beider Länder ergab.

Vor den Vorständen und den Mitgliedern der MWG stand die Aufgabe, ihre Ziele und Arbeitsweise neu zu durchdenken und die Vereinigung vorzubereiten. Im Prozess der Vereinigung der hier betrachteten Fachgesellschaften, der GEM, der GKCLD und der GNW, gab es Ähnlichkeiten aber auch Unterschiede. Letztere resultierten aus der unterschiedlichen Struktur der Gesellschaften beider Län-

der, aber auch aus unterschiedlichen Herangehensweisen der entsprechenden Vorstände. Die GEM war eine Dachgesellschaft, für die es kein entsprechendes Korrelat in der BRD gab. Der GKCLD der DDR standen zwei Fachgesellschaften in der BRD gegenüber, die *Deutsche Gesellschaft für Klinische Chemie* (DGKC) und die *Deutsche Gesellschaft für Laboratoriumsmedizin (DGLM)*. Für die Neurowissenschaften gab es 1989 keine entsprechende Fachgesellschaft in der BRD, anstelle dessen gab es eine Arbeitsgemeinschaft.

1. Gesellschaft für Experimentelle Medizin der DDR (GEM)

Im Jahre 1989 unterschieden sich Struktur und Arbeitsweise der MWG der DDR und BRD deutlich. In der DDR wurden die medizinisch – wissenschaftlichen Einzelgesellschaften entsprechend ihres fachlichen Profils zu sechs Dachgesellschaften zusammengefasst: Klinische Medizin, Experimentelle Medizin, Gesamte Hygiene, Stomatologie, Pharmazie und Militärmedizin [12]. Oberstes Gremium war der Koordinierungsrat der MWG (Abb. 1). Die GEM wurde 1960 gegründet, sie war Dachgesellschaft von 13 medizinischen Fachgesellschaften, deren wissenschaftliches Profil im weitesten Sinne der experimentellen Medizin zugeordnet werden kann, darunter die GKCLD, GNW und die Biochemische Ge-

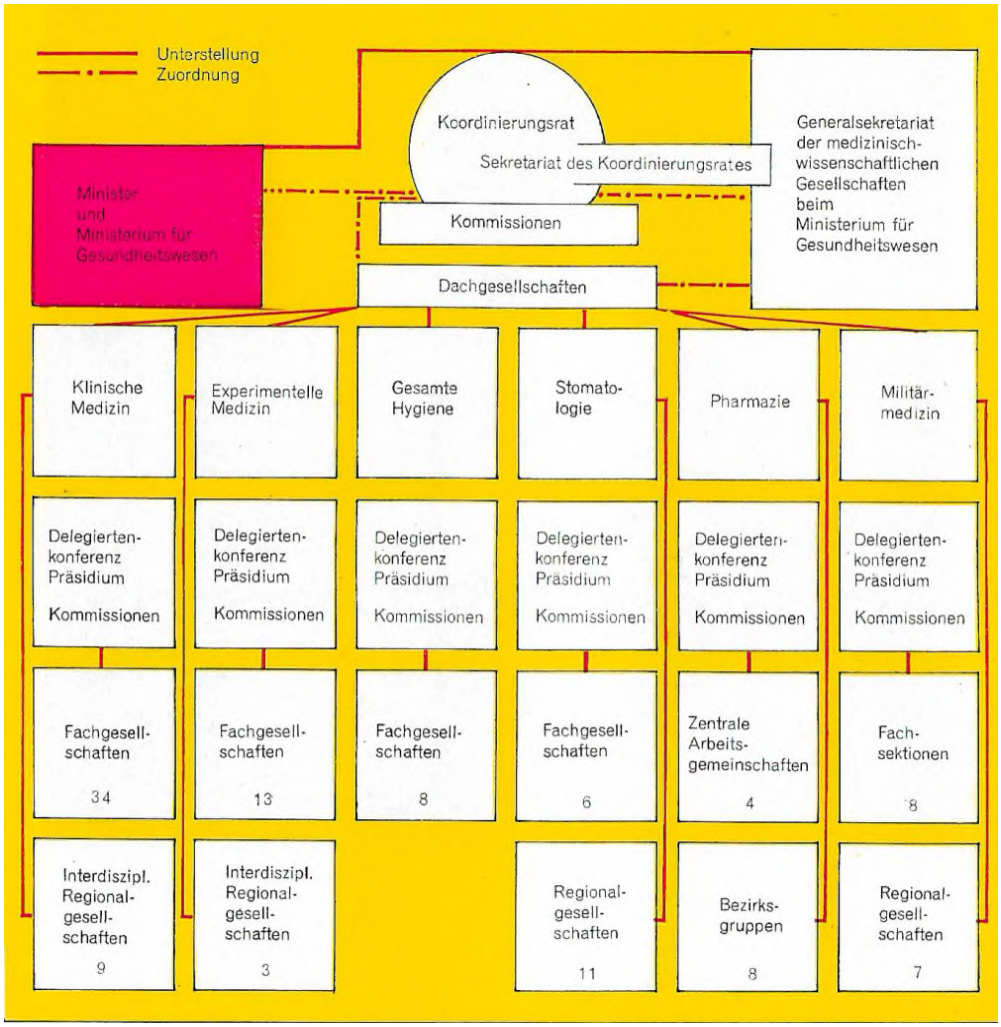

Abb. 1: Struktur und Anzahl der Medizinisch-Wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR [2].

sellschaft (BG). Erster Präsident der GEM war Prof. Dr. K. *Lohmann* (1898 – 1978), gefolgt von Prof. Dr. Dr. S. M. *Rapoport* (1912 – 2004) und Prof. Dr. P. *Oehme* (geb. 1937; Präsident von 1984 - 1990;

Abb. 2). In der BRD gab und gibt es nur einen Dachverband der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften.

Abb. 2: Die Präsidenten des Koordinierungsrates und der Gesellschaft für Experimentelle Medizin der DDR; links Prof. S.M. Rapoport, rechts Prof. P. Oehme.

Am 14. April 1989 fand eine Delegiertenkonferenz der GEM statt. Sie wählte ein neues Präsidium, verabschiedete ein neues Statut und wählte auf Initiative von Frau Prof. *Gisela Jacobasch* und Prof. *Heinz David* einen „Beirat junger Wissenschaftler beim Präsidium", letzteres, um die Arbeit mit jungen Wissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlern zu intensiveren. Auf der Delegiertenkonferenz nahm der Präsident Prof. *Oehme* Stellung zu einigen grundsätzlichen Fragen der experimentellen Medizin: „Die experimentelle Medizin war und ist charakterisiert durch ihr Streben, von den Erscheinungen zu den Ursachen vorzustoßen. Das entspricht der Stellung der experimentellen Medizin zwischen klinischer Medizin und Naturwissenschaften. Das dafür erforderliche reduktionistische Vorgehen ist die Voraussetzung für dieses Vordringen letztlich bis in den molekularen Bereich. Jetzt ist der Zeitpunkt für die experimentelle Medizin herangereift, diese analytische Vorgehensweise wieder besser mit einer integrativen Vorgehensweise zu verbinden. Diese sich international abzeichnende erneute Hinwendung zur ganzheitlichen Betrachtung erfolgt nicht neben der Molekularbiologie, sondern unter Einbeziehung der Errungenschaften der Ergebnisse der Molekularbiologie."

Neben der Darstellung von Erfolgen (z.B. der Gestaltung des wissenschaftlichen Lebens und der Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Klinische Medizin) wurden auch Probleme angesprochen: „Wir glauben jedoch, dass es an der Zeit ist, den Stellenwert des wissenschaftlichen Lebens in der DDR mit anderen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. Kultur und Sport vergleichbar zu machen… Ein weiteres wichtiges Problem ist die Teilnahme unserer Kollegen am internationalen wissenschaftlichen Leben… Zum ersten ist festzustellen, dass die Zahl der Teilnehmer im Vergleich der Jahre 1987 zu 1988 angestiegen ist. Zum zweiten müssen wir aber realistisch feststellen, dass an diesem Anstieg die Finanzierung durch Gasteinladungen einen beachtlichen Stellenwert einnimmt… Die nicht unkomplizierten Bedingungen insbesondere bei der Beschickung von Tagungen im NSW (nichtsozialistisches Währungsgebiet) verlangt … (das) solidarische Handeln zwischen ´alt´ und ´jung´. Wir verstehen darunter … den verantwortungsbewussten Verzicht eines älteren Kollegen mit umfangreicher internationaler Erfahrung zu Gunsten seines jüngeren Kollegen, im Sinne einer planmäßigen Nachwuchspolitik…"

Ein wichtiger Tagungsordnungspunkt der nachfolgenden Präsidiumssitzungen im Jahre 1989 war die Vorbereitung der 7. Gemeinschaftstagung der Gesellschaft für Experimentelle Medizin mit der Gesellschaft für Klinische Medizin 1991 vom 13. – 15. Februar 1991 in Leipzig unter der Thematik „Leben und Sauerstoff". Diese Thematik betraf mich unmittelbar, da ich bereits mehrere Hypoxietagungen in der DDR und die 1. Internationale Hypoxietagung organisiert hatte. Nach Aufforderung unterbreitete ich insgesamt 12 Vorschläge für Referenten aus dem Ausland für Plenarvorträge, 5 aus der BRD, 1 - USA, 2 - Schweden, 2 - England, 1 - Japan, 1 - Ungarn. Die Eröffnung der Tagung sollte mit einem Konzert im Gewandhaus Leipzig erfolgen. In der Sitzung des Präsidiums am 27. Oktober 1989 wurde das 1. Zirkular der Gemeinschaftstagung verabschiedet mit den inhaltlichen Schwerpunkten:

- Symposium 1: Biochemie, Molekularbiologie, Zellbiologie,
- Symposium 2: Organ- und Gewebsfunktionen bei unterschiedlichem Sauerstoffangebot,
- Symposium 3: Sauerstoff und Leistung.

Die öffentliche Veranstaltung, die immer bei Gemeinschaftstagungen vorgesehen war, sollte sich mit dem Thema „Ozonschicht – Klima – Leben" beschäftigen.

Der 9. November 1989 sollte das Arbeitsprogramm aller folgenden Präsidiumssitzungen grundsätzlich verändern. Das Protokoll der Oktober-Sitzung, geschrieben und verschickt am 15. November 1989, enthielt nun außer den Berichten der Gesellschaft für Neurowissenschaft, den Vorschlägen für den Johannes-Müller Preis und der Bestätigung der Kongressplanung für das Jahr 1991 folgenden Hinweis: „In Vorbereitung der Sitzung des Koordinierungsrates am 22. November 1989 weist Prof. *Oehme* auf folgende Gesichtspunkte, die der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft dienen sollen und zu diskutieren sind, hin: Fragen der Interessenvertretung der Ärzte in Zukunft, Berufsgerichtsbarkeit, Teilnahme am internationalen wissenschaftlichen Leben und wissenschaftlichen Leben im Inland, Neufestlegung der Arbeitsaufgaben des Koordinierungsrates, Entwicklung eines Verbandes der medizinischen wissenschaftlichen Gesellschaften auf demokratischer Grundlage. In der Diskussion wird vor allem auf die unbedingt erforderliche Erhöhung des Einflusses der staatlichen Leiter auf die Arbeitsabläufe (z.B. Kaderfragen, Eigenverwaltung finanzieller Mittel) hingewiesen."

Nach meinen Notizen standen in der Sitzung am 15.12. 89 folgende Probleme im Mittelpunkt der Diskussion (sinngemäß): Prof. *Bielka* (im April 1989 als Präsidiumsmitglied gewählt): Die Hauptarbeit ist in den Instituten zu leisten; die Bedeutung der Fachgesellschaften soll man nicht überstrapazieren; die Beschickung von internationalen Tagungen muss aus den Instituten heraus erfolgen; es sollte der Kontakt zur Max-Planck-Gesellschaft aufgenommen werden. Dr. *Roland*, Direktor des Generalsekretariats: Ziel ist ein einheitlicher Verband der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften; die Dachgesellschaften für Experimentelle und Klinische Medizin sind „historische Kategorien"; das Verhältnis von Ärzte-Verbänden und Fachgesellschaften ist zu diskutieren; das Generalsekretariat ist eine staatliche Dienststelle. Prof. *Oehme*, Präsident der GEM und Vorsitzender des Koordinierungsrates: Wir haben es mit einer Wende für die Wissenschaft zu tun, einer Wissenschaft als sich selbst organisierendes System; es geht um ein hohes Niveau, nur das hat Bestand; Heimstatt für die Medizin werden die Verbände der medizinischen Wissenschaften; wir müssen uns mehr um internationale Fonds bemühen.

Wenig später präzisierte Prof. Oehme seine Position in einem Brief an Dr. *Roland*:

„Da ich am 18.1. 1990 an der Beratung des Ministers mit den Präsidenten der Dachgesellschaften der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften nicht teilnehmen kann, nochmals meine Auffassung zu notwendigen Veränderungen in Kurzform:

1. Wie bekannt, plädiere ich seit nunmehr über einem Jahr für die Bildung eines Verbandes der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR.
2. Dieser Verband …ist unabhängig vom Ministerium für Gesundheits- und Sozialwesen zu bilden. Die Bildung erfolgt dabei demokratisch durch Wahl von unten nach oben...
4. Die Entscheidung ´Weiterbestehen´ oder ´Auflösung´ der Dachgesellschaften erfolgt in eigener Verantwortung durch die Dachgesellschaften selbst…

6. Das Generalsekretariat der med.-wiss. Gesellschaften wird umgewandelt in ein Sekretariat oder eine Geschäftsstelle des Verbandes der med.- wiss. Gesellschaften der DDR.“ Da diese und weitere Forderungen ohne Ergebnis blieben, kandidierte Prof. *Oehme* nicht wieder für eine neue Wahlperiode als Vorsitzender des Koordinierungsrates der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften.

Als Ansprechpartner des Präsidiums der GEM für die Gesellschaft für Neurowissenschaften nahm ich an einer Vorstandssitzung dieser Gesellschaft am 23. 1. 90 teil. Der Vorsitzende Prof. *Jürgen Wenzel* erstattete Bericht über die Arbeit der Gesellschaft. Er betonte die stürmische internationale Entwicklung der Neurowissenschaften und die Probleme in der DDR, um mit dieser Entwicklung mitzuhalten. Prinzipielle Kritik wurde von Prof. *Biesold*, Leipzig, geäußert. Nach meinen Notizen war die Rede von einer „katastrophalen Situation in der Psychiatrie unseres Landes und der unwürdigen Unterbringung geriatrischer Patienten. Gehaltserhöhungen für Ärzte und Schwestern bringen nicht viel, es geht um materiell-technische Probleme.“…

Am 22. Februar 1990 fand die letzte Sitzung des Präsidiums statt. Die völlig andere Struktur der Dachgesellschaften in der DDR und BRD führte relativ früh zu der Überlegung, die Dachgesellschaft GEM aufzulösen. Das Präsidium beauftragte den Generalsekretär Prof. Dr. *G. Scheuner*, eine Anfrage an die Fachgesellschaften zu richten mit der Frage: „Soll die Dachgesellschaft ersatzlos aufgelöst werden?“ Der Vorsitzende der GKCLD Prof. *Dummler* antwortete auf die Anfrage: „Der Vorstand unserer Gesellschaft hat sich auf seiner Sitzung am 13. März eindeutig und ganz überwiegend mehrheitlich für eine ersatzlose Auflösung der Dachgesellschaft und gegen die Gründung einer Assoziation (was immer das sein mag) ausgesprochen… Zur Frage der Gemeinschaftstagung besteht die einhellige Meinung, diese auf jeden Fall durchzuführen.“

Der Vorstand der GNW sprach sich ebenfalls für die Auflösung der GEM aus. In dem Rundschreiben 1/90 an alle Mitglieder der Gesellschaft schrieb der Sekretär Dr. sc. nat. *Klaus Reymann* (Institut für Neurobiologie und Hirnforschung/INH Magdeburg): „Bezugnehmend auf eine vorangegangene Präsidiumssitzung der GEM spricht sich der Vorstand unserer Gesellschaft für die Auflösung dieser Dachgesellschaft und die fachliche und finanzielle Eigenständigkeit aus.“…

Das Präsidium der GEM beschloss in seiner letzten Sitzung die Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz der GEM für den 27. April 1990. Im Protokoll über diese Delegiertenkonferenz ist nachzulesen:
„Anwesend waren 34 stimmberechtigte Delegierte.
1. Die anwesenden Delegierten der Fach- und Territorial-Gesellschaften beschließen, dass mit Wirkung vom 27. April 1990 die Dachgesellschaft für Experimentelle Medizin der DDR aufgelöst wird.
2. Für die erforderlich notwendigen Arbeiten zur Auflösung der Dachgesellschaft für Experimentelle Medizin (Sicherung des Schriftgutes und der materiellen und sachlichen Werte) wird eine Abwicklungskommission gebildet…Die zu lösenden Aufgaben sind bis zum 31. Dezember 1990 zu realisieren…
4. Die für 1991 geplante Gemeinschaftstagung der Gesellschaft für Experimentelle Medizin der DDR findet nicht statt. Prof. Dr. G. *Scheuner*, Mitglied der Abwicklungskommission der GEM der DDR.“

Heute gibt es in der BRD eine Dachgesellschaft: „Die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften e. V. (AWMF) ist der deutsche Dachverband von 178 Fachgesellschaften der Medizin. Seit 1995 koordiniert die AWMF die Entwicklung von medizinischen Leitlinien für Diagnostik und Therapie durch die einzelnen Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften. Alle Fachgesellschaften zusammen haben rund 220.000 Mitglieder. Der Verband wurde am 10. November 1962 in Frankfurt am Main gegründet. Er ist als gemeinnützig anerkannt (Förderung der Wissenschaft“; (https://www.awmf.org/awmf-online-das-portal-der-wissenschaftlichen-medizin/).

2. Gesellschaft für Neurowissenschaften der DDR

Als Ansprechpartner von Seiten der GEM wurden mir auch ausgewählte Protokolle der GNW zugesandt. Bereits im Rundschreiben 1/90 informierte der Sekretär des Vorstandes der GNW, *Klaus Reymann*: „Der Vorstand ermächtigte den Vorsitzenden und den Sekretär zu Gesprächen mit Neurowissenschaftlern der Bundesrepublik über Sinn und Möglichkeiten für eine Gesellschaft Neurowissenschaften im deutschsprachigen Raum. Zur Göttinger Neurobiologen-Tagung vom 8. - 10.6. 1990 haben sich nach Information von Prof. *Elsner* bereits 50 Kollegen aus der DDR gemeldet."

Im Protokoll der Vorstandssitzung vom 14.6.1990 heißt es: „Hauptgegenstand der Beratung war die Zukunft der Gesellschaft für Neurowissenschaften der DDR. Das sehr unterschiedliche Interesse seitens unserer westdeutschen Kollegen an einer gesamtdeutschen Gesellschaft erlaubt gegenwärtig keine sichere Prognose für die weitere Entwicklung. Die Situation in der neurowissenschaftlichen Forschung in der DDR lässt jedoch den Erhalt der Gesellschaft noch sinnvoll erscheinen…Der Vorstand beschließt:
1. Dem Auftrag seiner Mitglieder durch Fortsetzung der Arbeit gerecht zu werden und die Gesellschaft zu erhalten.
2. Die Gesellschaft für Neurowissenschaften durch den Vorsitzenden als gemeinnützigen Verein in Leipzig eintragen zu lassen…
4. Wegen zu hoher Kosten auf eine Beteiligung am neu zu gestaltenden Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Experimentelle Medizin zu verzichten.
5. Alle Mitglieder zu bitten, zusätzliche Finanzierungsquellen (Sponsoren) für die Unterstützung der Gesellschaft zu erschließen."…

Da in der BRD keine Gesellschaft für Neurowissenschaften existierte und der Vorstand der GNW aber der Auffassung war, dass eine solche Gesellschaft notwendig ist, erläuterte der Vorsitzende Prof. *Volker Bigl* in einem Rundschreiben den Mitgliedern die entstandene Situation und schlussfolgerte: „Sollten sich diese Bestrebungen nicht realisieren lassen, schlägt der Vorstand vor, dass wir gemeinsam alles unternehmen, unsere Gesellschaft als Interessenvertreter der deutschen Neurowissenschaften zu erhalten."

Am 25. August 1992 wandte sich Prof. *Bigl* mit zwei Schreiben letztmalig an die Mitglieder der GNW. Das erste Schreiben betraf den Umgang mit dem Restvermögen der GNW der DDR, das zweite Schreiben betraf die Auflösung der GNW.

Erstes Schreiben: „Im Statut unserer Gesellschaft ist vorgesehen, im Falle ihrer Auflösung das Vermögen der Gesellschaft auf die Mitglieder zu verteilen. Bei einem Restvermögen unserer Gesellschaft von ca. 9 TDM würden … für jedes Mitglied ein Betrag von etwa 25 DM entfallen. Der mit der Überweisung dieser Gelder verbundene Finanz- und Zeitaufwand … machen ein solches Vorgehen wenig sinnvoll... Daher wird vorgeschlagen, das verbleibende Vermögen der Gesellschaft für Neurowissenschaften e.V. dem Vorbereitungskomitee für die Gründung einer gesamtdeutschen Neurowissenschaftlichen Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung dafür ist jedoch ein Mehrheitsvotum der ehemaligen Mitglieder der Gesellschaft für eine solche Lösung. Im Auftrag der Liquidatoren möchte ich Sie deshalb bitten, den in der Anlage beigefügten Stimmzettel bis zum 15. September 1992 zurückzusenden."

Zweites Schreiben: „Nachdem nun die Gründung einer gesamtdeutschen neurowissenschaftlichen Gesellschaft unmittelbar bevorsteht, hat der Vorstand unserer Gesellschaft unter Berücksichtigung der schriftlichen Abstimmung aller Mitglieder zu diesen Problemen vom vergangenen Jahr die Auflösung unserer Gesellschaft beschlossen und die Löschung aus dem Vereinsregister beim Amtsgericht Leipzig beantragt. Als Liquidatoren wurden Prof. *Haschke*, Jena, Dr. *Reymann*, Magdeburg und ich selbst bestätigt. Auch wenn es uns damit nicht gelungen ist, unsere Gesellschaft direkt in die gesamtdeutschen Neurowissenschaften einzubringen, hat sie doch einen nicht geringen Einfluss auf die Entscheidung zur Gründung einer gesamtdeutschen Neurowissenschaftlichen Gesellschaft ausgeübt. In diesem Sinne empfiehlt der Vorstand allen Mitgliedern, sich als Gründungsmitglieder der neuen Gesellschaft einzutragen. Entsprechende Materialien sind Ihnen zwischenzeitlich allen zugesandt worden."

Der derzeitige Stand der NWG wird auf der Webseite wie folgt dargestellt (https://nwg-info.de/de/ueber_uns/nwg): „Die NWG hat derzeit etwas über 2.100 Mitglieder. Sie vertritt die Interessen von Grundlagenwissenschaftlern, die sich mit Entwicklung, der Funktionsweise, den Leistungen und den Störungen von Gehirn und Nervensystem beschäftigen. Als gemeinnütziger Verein arbeitet sie unabhängig von wirtschaftlichen Interessen. Die Neurowissenschaftliche Gesellschaft e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, die Neurowissenschaften in Forschung und Lehre zu fördern und in allen ihren Teilbereichen im In- und Ausland zu repräsentieren.“ Von Wikipedia erfährt man: „Sie wurde am 24. April 1992 in Frankfurt/Main gegründet und 1993 als gemeinnütziger Verein beim Amtsgericht Charlottenburg eingetragen.“ Die Existenz der NWG der DDR findet keine Erwähnung.

3. GKCLD der DDR und DGKC der BRD

Situation der Laboratoriumsdiagnostik der DDR im Jahre 1989

Am besten überblicke ich die Vorgänge um die Vereinigung der Gesellschaften auf dem Gebiet der Laboratoriumsmedizin, da es mein ureigenstes Fachgebiet ist und ich viele Jahre Mitglied des Vorstandes der GKCLD war (1976 - 1990). Die Struktur und Funktionsweise der Laboratoriumsdiagnostik in der DDR war geprägt durch die zentrale Leitung und Planung der Wirtschaft und des Gesundheitswesens, die der BRD durch die Marktwirtschaft. Daraus ergaben sich in der Struktur und Organisation prinzipielle Unterschiede [11]. Die Unterschiede waren letztlich das Resultat des 2. Weltkrieges, in dessen Folge zwei selbständige Staaten entstanden, der eine unter Führung und Einfluss der USA, der andere unter Führung und Einfluss der Sowjetunion. Das wissenschaftliche Leben der in der Laboratoriumsmedizin tätigen Wissenschaftler der DDR erfolgte im Rahmen der „Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik“ (GKCLD), das der BRD im Rahmen der „Deutschen Gesellschaft für Klinische Chemie“(DGKC) und einer davon unabhängigen „Deutschen Gesellschaft für Laboratoriumsmedizin“ (DGLM). Im Jahre 1989 hatte die DDR-Gesellschaft etwa 700 Mitglieder, davon etwa 100 Ärzte und 600 Naturwissenschaftler (Chemiker, Biologen, Physiker). Vorsitzender der Gesellschaft war Prof. Dr. *Walter Dummler*, Rostock und Sekretär war Prof. Dr. Dr. sc. med. *Hans-Jürgen Thiele*, Dresden.

Die Vorstandssitzung am 31.1. 1989 beschäftigte sich laut Protokoll mit der Situation der Laboratoriumsdiagnostik in der DDR: „Prof. *Thiele* gibt einen mündlichen Bericht zum Stand der Erarbeitung der Entwicklungskonzeption des Leistungsbereiches bis 1995. …Prof. *Thiele* wird empfohlen, Probleme und Mängel klar und schonungslos darzustellen.“

Entsprechend meinen Notizen sagte Hans-Jürgen *Thiele*: Es gibt in der DDR 11 000 MTA. Jährlich sind 1000 MTA notwendig, die tatsächliche Zufuhr beträgt 550. Es fehlen in den letzten Jahren 1500 MTA. Es gibt nur eine Chance: 1. Das Gehalt muss erhöht werden und wir brauchen eine leistungsorientierte Gehaltsregelung; 2. Zwingend notwendig ist eine weitere Zentralisierung, sehr kleine Laboratorien sind zu schließen; der kritische Faktor ist die Sicherung des Nacht- und Bereitschaftsdienstes; 3. Wir brauchen eine radikale Veränderung der gerätetechnischen Situation. Carl Zeiß Jena liefert nicht – es gibt keine Alternativen. In der BRD besteht zu 75% automatisierte Analytik, in der DDR nur zu 17%. 10 Mio. Valuta-Mark sind für unseren Leistungsbereich notwendig. In der BRD leistet 1 MTA das, was in der DDR 3 MTA leisten. In der DDR werden 12 Untersuchungen/Einwohner/Jahr durchgeführt, in der BRD 16 und in Frankreich 40. Der Stand der erreichten „Automatisierung“ wird auch deutlich aus folgendem Beschluss des Vorstandes: „Nach Diskussion bestätigt der Vorstand die vorgeschlagene Verteilerliste der 50 Multipipetten“ (Es handelte sich um ein Geschenk von Prof. *Keller*, Schweiz, an die GKCLD). Im Protokoll werden auf zwei Seiten die Labore und Namen der Empfänger aufgezählt. Wegen Devisenmangel konnten selbst relativ einfache Geräte für die Labore der DDR nicht beschafft werden.

Mangel gab es nicht nur bei Multipipetten. Wenige Tage vorher hatte ich von OMR Prof. *Thiele* folgendes Schreiben erhalten: „Aufgrund eingeschränkter Übernachtungskapazität kann Ihre Teilnahme am Symposium (Labororientierte Diagnosestrategien in der Grundbetreuung vom 15.-17.3. 1989 in Gera) nicht bestätigt werden. Wir bitten Sie sehr herzlich um Verständnis.“ Ich war damals

von Seiten unserer Gesellschaft verantwortlich für die Erarbeitung der Diagnose-Strategie „Pädiatrie-Perinatologie“ und hätte gern an der Tagung teilgenommen. Es gab einfach nicht genügend Hotelbetten.

Es gehörte zum Stil der Vorstandsarbeit, regelmäßig Berichte von den Regionalgruppen (RG) entgegenzunehmen, diesmal von der RG Erfurt/Gera/Suhl. „Koll. *Keil*, (Vorsitzender der RG) wies auf Schwierigkeiten der Einbeziehung naturwissenschaftlicher Hochschulkader in das Fachgebiet speziell und in die Medizin im Allgemeinen hin …“ Am 7. November 1989 tagte der Vorstand und beriet den Bericht der RG Berlin/Frankfurt/O /Potsdam mit den Schwerpunkten Standardisierung labordiagnostischer Methoden, Ultramikroanalytik, materiell-technische Bedingungen in den Laboratorien, Anleitung durch den Vorstand, Vergütung von MTLA, besonders im Nacht- und Bereitschaftsdienst. Niemand ahnte in dieser Vorstandsitzung, welch fundamentales politisches Ereignis zwei Tage später die DDR und damit die Diskussionen und Aktivitäten der GKCLD verändern sollte. Die Einladung zu der nächsten Vorstandssitzung am 19.12. des Jahres erfolgte dann mit dem Hinweis: „Unter dem Gesichtspunkt der gegenwärtigen begrüßenswerten Entwicklung in unserem Land hält es Prof. *Dummler* für erforderlich, dass wir, gemeinsam mit den Regionalgruppenvorsitzenden, eine Einschätzung der bisherigen Arbeit vornehmen sowie eine Diskussion über die zukünftigen Aufgaben und Ziele der GKCLD der DDR durchführen.“

Berufspolitische Interessenvertretung

In der Vorstandssitzung am 19.12.89 ging es dann weniger um die Probleme der Labordiagnostik, als um grundsätzliche Fragen von Aufgaben, Zielen, Organisation und Arbeitsweise der Fachgesellschaft. Der Vorsitzende Prof. *Dummler* „stellte einleitend das Spektrum der zu diskutierenden Probleme“ dar, nach meinen Notizen waren es solche Probleme wie die Unterstellung der GKCLD unter das Ministerium für Gesundheitswesen (MfGe), Vertretung für berufs- oder standespolitische Fragen, Überarbeitung des Statutes einschließlich der Wahlordnung (z.B. geheime Wahlen oder Direktwahl des Vorsitzenden), Einfluss der Fachgesellschaft auf tarifrechtliche Bestimmungen der Naturwissenschaftler und MTA, Beitritt zum Ärztebund oder dem Bund von Naturwissenschaftlern, Notwendigkeit von GEM und Koordinierungsrat.

Im Protokoll heißt es: „Die breite Aussprache zeigte, dass die Thematik mit dieser Vorstandssitzung nicht erschöpfend beraten werden konnte. Aus der Sicht der Regionalgruppenvorsitzenden wird keine Veranlassung gesehen, gegenwärtig gegenüber dem Vorstand die Vertrauensfrage zu stellen… Am 16. Januar 1990 treffen sich die Vorsitzenden der Regionalgruppen in Berlin, um vor allem die Probleme der beruflichen Interessenvertretung zu diskutieren. Vom Vorstand und anwesenden Regionalgruppenvorsitzenden wird hierzu folgender Standpunkt per Abstimmung mehrheitlich vertreten: Die Anwesenden sind für eine eigenständige Interessenvertretung der Naturwissenschaftler neben der Fachgesellschaft. Ja - 10 Stimmen, Nein - 3 Stimmen (Prof. *Gross* bittet, seine Neinstimme namentlich festzuhalten. Er vertritt die Auffassung, dass die berufspolitische Interessenvertretung der Naturwissenschaftler im Interesse der Einheit des Fachgebietes innerhalb der Fachgesellschaft in einer gesonderten, demokratisch gewählten Struktureinheit/Sektion erfolgen sollte. Stimmenthaltung - 1 Stimme… Dieses Ergebnis wird durch folgende Vereinbarung ergänzt: Die berufspolitische Interessenvertretung aller ärztlichen und naturwissenschaftlichen Hochschul-Kader in der Medizin sollte möglichst gemeinsam im zur Gründung vorgesehenen Ärzteverband der DDR bzw. in einem Berufsverband Medizin erfolgen. Prof. *Gross* und auch andere Kollegen nehmen hierzu nochmals Verbindung zu den zentralen (Prof. *Mau*, Charité) bzw. zu regionalen ärztlichen Initiativgruppen auf. Sollte es zu keiner gemeinsamen berufspolitischen Interessenvertretung mit den Ärzten kommen, ist eine solche Interessenvertretung für alle Naturwissenschaftler in der Medizin anzustreben (Ausnahme Apotheker, da diese einen eigenen Apothekerbund gründen), wobei im Bedarfsfall auch die ´nicht direkt am Patienten tätigen Ärzte´ (also auch unsere ärztlichen Kollegen) einzubeziehen sind. Für den Fall eines negativen Verlaufs aller Verhandlungen wird der Vorstand der Gesellschaft auch die Bildung einer eigenständigen Gruppierung innerhalb der GKCLD fördern und alle, auch finanzielle Un-

terstützung gewähren, die zu einer berufspolitischen Interessenvertretung der im Leistungsbereich tätigen Naturwissenschaftler (und ev. Ärzte s. oben) führt."

Ich war überrascht, dass das Problem der berufspolitischen Vertretung plötzlich so dominant wurde. Meine Meinung war geprägt von einem Standpunkt, wie ihn *Oehme* beschreibt [13]: Die „Verbindung von Standespolitik mit dem Bedürfnis nach wissenschaftlichen Leben in den ärztlichen Vereinigungen veränderte sich nach dem 2. Weltkrieg. Mit dem Befehl Nr. 124 (vom 21.5.1947) der sowjetischen Militäradministration wurde für den östlichen Teil Deutschlands der Rahmen gegeben zur Bildung deutscher wissenschaftlicher medizinischen Gesellschaften. Diese verstanden sich fortan als ein organisierter Zusammenschluss zur Pflege des wissenschaftlichen Lebens und der Fortbildung und frei von Einflüssen einer reaktionären Standespolitik. Die Vertretung der beruflichen Interessen der Ärzte lag in den Händen des FDGB und anderer gesellschaftlichen Organisationen." Das bedeutete auch, dass Ärzte ein höheres Gehalt hatten als Naturwissenschaftler in vergleichbarer Stellung. Wie im Protokoll hervorgehoben, sprach ich mich dafür aus, keine neue eigene berufspolitische Interessenvertretung der in der Labormedizin tätigen Naturwissenschaftler zu bilden. Ich hatte Sorge, dass es zu einer Spaltung der GKCLD kommt, ähnlich den beiden Gesellschaften in der BRD, d. h. in eine Gesellschaft deren Mitglieder *Ärzte und Naturwissenschaftler* sind und eine Gesellschaft, in der *nur Laborärzte* organisiert sind. Seit Gründung der GKCLD der DDR im Jahre 1961 hatten Ärzte und Naturwissenschaftler kollegial und kooperativ zum Nutzen des Gesundheitswesens zusammengearbeitet, nun drohte die Spaltung.

In Vorbereitung der nächsten Vorstandssitzung hatte der Vorsitzende telefonischen Kontakt mit Kollegen vom Vorstand der DGKC. Hierbei sei geäußert worden, dass die DGKC eine wissenschaftliche Gesellschaft und keine berufspolitische Vertretung sei. Der Schatzmeister der DGKC, Dipl. Chem. Dr. med. D. *Laue*, Köln schrieb am 19. 12.1989 an Prof. Dummler zum Thema:

vielen Dank für Ihren Anruf vom gestrigen Tage, bei dem ich unser Interesse an dem Ausbildungsgang zum Klinischen Chemiker in Ihrem Lande zeigte..Wie Sie wissen, gehört es zu den satzungsmäßigen Aufgaben der Deutschen Gesellschaft für Klinische Chemie, die Anerkennung an Klinische Chemiker zu erteilen, die den Weiterbildungsgang, der von unserer Gesellschaft formuliert ist, absolviert haben. Als Eingangstudium gilt bei uns die Medizin, die Chemie und die Biochemie. Allerdings ist dazu zu bemerken, daß die Anerkennung des Klinischen Chemikers durch unsere Gesellschaft keine gesetzliche Basis hat. Auch

In der DDR hatten Fachnaturwissenschaftler für Klinische Chemie gleiche Rechte wie Fachärzte für Laboratoriumsdiagnostik, d. h. sie konnten klinisch-chemische Labore leiten und Befunde validieren. Der Vorstand sah eine wichtige Aufgabe darin, diese Stellung der Naturwissenschaftler auch im vereinigten Deutschland zu bewahren.

Wie damals in allen Gremien üblich, wurde in dieser und den nachfolgenden Sitzungen endlos über Statute, Wahlordnungen, die Bildung verschiedener Kommissionen, Gehaltsfragen und die Legitimität der gewählten Gremien diskutiert. Wenn es in Deutschland je eine Zeit gab, in der Basis-Demokratie herrschte, dann war es die Zeit vom 9. November 1989 bis 3. Oktober 1990. In dieser Zeit wurde alles in Frage gestellt und zugleich entstanden am laufenden Band kluge Wahlordnungen und Statute, u. a. auch solche für die Wissenschaftler im Bereich der Laboratoriumsmedizin. Der Beschluss lautete: „Die Wahlordnung und das Statut sind zu überarbeiten… Spätestens im Spätsommer d. J. ist eine Mitgliederversammlung durchzuführen; anlässlich des 18. Kongresses der GKCLD im November des Jahres in Halle ist die Neuwahl des Vorstandes und der Revisionskommission vorzunehmen. Es ist eine Kommission zur Überarbeitung der Wahlordnung zu bilden. Zur Übernahme von Vorsitz und Organisation sollte Doz. Dr. sc. D. *Meißner*, Dresden, gebeten werden." Tatsächlich lagen zur Mitgliederversammlung im Juni eine neue Wahlordnung und der Entwurf eines neuen Statutes vor.

Ein zweites Schreiben der Vorsitzenden der Regionalgruppen in Vorbereitung der Januar-Sitzung des Vorstandes am 30.1.1990 warf weitere Fragen auf: „… die Frage der Auslandsreisen, die internationale Vertretung unserer Fachgesellschaft, des Status unserer Fachzeitschrift als Organ der Gesellschaft sowie die Stellung der Gesellschaft zu sozialen Standesfragen…; eine klare Darstellung der augenblicklich noch praktizierten Nominierung… von Auslandsreisen…; Offenlegung, wie bisher Vertreter unseres Landes für internationale Vereinigungen (z.B. IFCC) nominiert bzw. bestätigt wurden…; soziale Probleme (und damit auch Standesprobleme);… die Gesellschaft muss zu sich bildenden berufsstandorientierten Gruppen Kontakt aufnehmen. … Im neuen Statut müssen die Zusammenarbeit (und damit auch die Abgrenzung) zwischen wissenschaftlicher Fachgesellschaft und evt. standespolitischen Verbänden aussagekräftig fixiert werden."

In der Vorstandssitzung im Januar 1990 wurde erneut als Schwerpunkt „die Bildung von standespolitischen Interessenvertretungen" behandelt, offensichtlich unter dem Eindruck von entsprechenden Aktivitäten von Ärzten. Am 21. November 1989 wurde in der Hautklinik der Charité unter maßgeblicher Mitwirkung von Prof. *H. Mau*, Kinderchirurg in der Charité, der Virchowbund als Ärzteverband gegründet (https://www.nav-virchowbund.de). Sowohl der Vorsitzende der GKCLD als auch die Vorsitzenden der Regionalgruppen setzten sich dafür ein, dass auch Naturwissenschaftler Mitglied im Virchow-Bund werden können. Beide wandten sich an Prof. *Mau*: „Wie verschiedentlich zum Ausdruck gebracht, sind wir als Klinische Chemiker, Fachchemiker in der Medizin interessiert, in diesem Bund mitzuwirken." Später informierte Prof. *Dummler*: „Bedauerlicherweise lässt sich trotz Beratungen mit Vertretern des Virchow-Bundes keine Klärung erzielen. Wahrscheinlich kann es zu einer assoziativen, aber zu keiner Vollmitgliedschaft von Naturwissenschaftlern in der Gesellschaft kommen. Als Alternative wird der Helmholtz-Bund angeboten. Die Bemühungen um Vollmitgliedschaft aller in der Medizin tätigen Hochschul-Kader werden fortgesetzt." So schrieb der Vorsitzende in einem weiteren Brief an Prof. *Mau*: „Aus diesem Grunde halte ich es für gerechtfertigt, den Klinischen Chemikern die Mitgliedschaft im Virchowbund zu ermöglichen, um eine Aufsplitterung der Interessengruppen, die gemeinsam in der medizinischen Betreuung arbeiten, zu verhindern."

Die Bemühungen waren erfolglos: „Der Vorsitzende informiert, dass der in der Anlage zum Protokoll der Vorstandssitzung vom 30.1.90 enthaltene Brief an Prof. *Mau* (Virchowbund) nicht beantwortet wurde. Der Vorsitzende wird in einem zweiten Schreiben sein Missfallen zum Ausdruck bringen und über die Bildung des Berufsverbandes Labormedizin informieren."

Bemühungen um die Anerkennung als Fach-Naturwissenschaftler

Trotz der Priorität standespolitischer Fragen versuchte der Vorstand durch Druck auf die Regierung, so wie früher, die gleichberechtigte Stellung des *Fachnaturwissenschaftlers* für Labordiagnostik mit dem *Facharzt* für Laboratoriumsdiagnostik zu sichern. Der Vorsitzende schrieb am 8. Februar 1990 einen zweiten Brief an Minister Prof. Dr. *Klaus Thielmann* (Professor für Pathobiochemie, Gesundheitsminister in der Regierung Modrow vom 18. November bis 12. April 1990). „Ich muss leider feststellen, dass bis heute keine Reaktion Ihres Ministeriums auf das Schreiben an den Minister für Gesundheits- und Sozialwesen der DDR vom 13. 10.1989 mir gegenüber erfolgt ist. Dies wird vom Vorstand und den Mitgliedern der Gesellschaft mit erheblicher Verwunderung zur Kenntnis genommen…Natürlich haben wir Verständnis für die Gesamtsituation in unserem Land, in der Medizin und in Ihrem Hause. Gerade deswegen aber halte ich es für meine Pflicht, Sie um eine angemessene Einordnung unseres Leistungsbereiches in die Gesamtstrategie des Gesundheitswesens nochmals zu bitten."

Für den 18. März 1990 waren Wahlen für die Volkskammer angesetzt. Es war abzusehen, dass danach eine neue und andere Regierung gebildet wird. Daher wandte sich der Vorsitzende „wunschgemäß" an die Hauptabteilung Medizinische Betreuung im Ministerium für Gesundheitswesen, um den gleichberechtigten Status der Naturwissenschaftler in der Labordiagnostik zu sichern: „2. Durch Erlass des Ministers sollte <u>sofort</u> festgelegt werden, dass <u>ausschließlich</u> Fachärzte für Pathobiochemie und Labordiagnostik und <u>gleichberechtigt daneben</u> auch Naturwissenschaftler mit abgeschlossenem postgradualen Studium ´Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik´ als Leiter klinisch-

chemischer diagnostischer Laboratorien eingesetzt werden dürfen. 3. Es muss sofort durch Verordnung festgelegt werden, dass Naturwissenschaftler mit abgeschlossenem postgradualem Studium eine staatliche Anerkennung (Berufserlaubnis) zum selbständigen Führen eines klinisch-chemischen Diagnostik-Laboratoriums im Sinne einer freiberuflichen Tätigkeit erhalten. Für unsere Fachärzte dürfte dieses ohnehin klar sein“ (Unterstreichungen im Originalbrief).

All das Briefe-Schreiben war angesichts der Ereignisse in der DDR zum damaligen Zeitpunkt ziemlich enttäuschend. Sinnvoller erwiesen sich Bemühungen um konkrete Zusammenarbeit, z. B. mit der Österreichischen Gesellschaft. Letztmalig in der Geschichte der GKCLD wurde am 11. Januar die Delegation der DDR-Gesellschaft nach Innsbruck zum bilateralen Symposium DDR/Österreich im April 1990 mit dem Generalsekretariat „abgestimmt“, 17 Kollegen*innen konnten teilnehmen (für 11 Personen wurden die Reisekosten von der DDR getragen).

Auch später unternahm der Vorsitzende weiterhin alles, um die Rechte der Naturwissenschaftler in der Laboratoriumsmedizin zu sichern. So schrieb er einen Brief an Staatssekretär Krause, den Verhandlungsführer von Seiten der DDR-Regierung: „Im Einvernehmen mit den Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik der DDR bitte ich Sie, im 2. Staatsvertrag die Anerkennung des *Fachnaturwissenschaftlers der Medizin für Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik* im Sinne der o.a. Anweisung auf Dauer abzusichern und nicht nur für die dem Vertrauensgrundsatz entsprechende Übergangszeit zu sichern, sei es durch eine spezielle, sei es durch eine generelle Regelung.“ (Anweisung in Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen der DDR 1981, Nr. 4, S. 61 ff).

Doppelmitgliedschaft

Auch in der März-Vorstandssitzung 1990 ging es um den Berufsverband. „Die Position unserer Kollegen zum Berufsverband wird vom Vorstand bekräftigt. Es wird dringend empfohlen, Vertreter anderer labordiagnostischer Fachgebiete zu informieren… Der Vorschlag des Vorsitzenden, dem Berufsverband als Starthilfe 5000 M.- aus dem Vermögen der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, wird einstimmig befürwortet.“

Ein zweiter Schwerpunkt der Sitzung war die Art und Weise der Vereinigung. „Der Vorsitzende informiert über Beratungen mit Vertretern der DGKC: Mitglieder der GKCLD der DDR können ab sofort Mitglieder der DGKC werden. Monatsbeitrag 25 M (DDR). Die Mittel werden in der DDR treuhänderisch verwaltet. Der Vorstand beschließt eine entsprechende Regelung für Kollegen aus der BRD zur Mitgliedschaft in unserer Gesellschaft. Der Vorstand begrüßt diese Übergangslösung ausdrücklich.“ In einem Brief von Prof. *Dummler* an Prof. *Wisser* heißt es hierzu: „Anlässlich unseres Treffens in Halle am 1. d.M. hatte Herr *Laue* die Idee, dass mit den Analytika-Programmen ein Aufnahmeantrag für die DGKC und ein Brief von Ihnen mitgeschickt werden könnte. Falls Sie diese Idee unterstützen und realisieren wollen, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn in Ihrem Brief zum Ausdruck käme, dass die Doppelmitgliedschaft zwischen beiden Vorständen vereinbart wurde und von Ihrer Seite eben nur für solche Kollegen ermöglicht wird, die Mitglieder der GKCLD-DDR sind und bis zur Vereinigung auch bleiben.“

Gemeinsame Vorstandssitzung und außerordentliche Mitgliederversammlung

Am 24. und 25. April 1990 fand in der Charité eine gemeinsame Vorstandssitzung der GKCLD und der DGKC statt. Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 6.6.1990 erstattete Prof. *Dummler* Bericht über diese Sitzung: „Von unserer Seite war der gesamte Vorstand, die Revisionskommission und die Regionalgruppenvorsitzenden eingeladen. Seitens der DGKC nahmen teil: Der Präsident, Prof. *Wisser*, der Vizepräsident Prof. *Gressner*, der Sekretär Prof. *Breuer*, der Schatzmeister, Dr. *Laue*, sowie Prof. *Delbrück* als bisheriger und Prof. *Guder* als künftiger Beauftragter für die postgraduale Weiterbildung und für die Anerkennung als Klinischer Chemiker. … Als wichtigste Ergebnisse ist zu vermelden, dass beide Vorstände für einen zukünftigen Zusammenschluss beider Gesellschaften eintreten, worüber jedoch die Mitgliederversammlungen zu entscheiden haben. Zur Vorbereitung

der Vereinigung ist die Bildung einer paritätischen ad hoc Arbeitsgruppe beschlossen worden, die aus je acht Kollegen beider Gesellschaften bestehen soll…

Schwerpunkt der Beratung war: das Fachgebiet ´Pathologische und Klinische Biochemie´ (PKB), seine Organisation und sein Entwicklungsstand auf den Gebieten Ausbildung, Forschung, und Laboratoriumsdiagnostik an den medizinischen Hochschuleinrichtungen der BRD und DDR… Der Vorsitzende schätzt die gemeinsame Beratung der Vorstände der DGKC und unserer Gesellschaft als ergebnisreich ein und stellt fest, dass die paritätische Arbeitsgruppe, bestehend aus acht Kollegen unserer Gesellschaft und acht Kollegen der DGKC, Vorschläge für die weitere gemeinsame Arbeit noch bis November d.J. vorlegen soll. Eine Entscheidung über die Fusionierung beider Gesellschaften kann nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung erfolgen… Für die paritätische Vorstandsarbeitsgruppe mit der DGKC wurden folgende Kollegen benannt:

- Ausbildung der Studenten: *Gross, Scheuch*
- Weiter-, Fortbildung: *Wagenknecht*, *Keil*
- Standardisierung, Qualitätskontrolle: *Neymeyer, Göthe*
- Grundsatzdokumente (Statut, Wahlordnung): *Dargel*, *Meißner.“*

Zum Thema Vereinigung führte der Vorsitzende in seinem Referat aus: „Ich habe etwa seit Januar d. J. die Beziehungen zur DGKC intensiviert. Konkreter Anlass war eine Anfrage des Präsidenten der DGKC, Prof. *Wisser*, ob ich etwas gegen eine Mitgliedschaft unserer Kollegen auch in der DGKC einzuwenden hätte, weil einige diesbezügliche Anfragen bei ihm vorlägen. Ich habe ihm daraufhin geantwortet, dass ich es jedem selbst überlasse, ob er Mitglied sein möchte, dass ich aber den Vorstand der GKCLD bitte, nicht die Selbstauflösung unserer Gesellschaft durch Mitgliederwanderung zu fördern, was ja möglich wäre und dass wir gemeinsam über eine künftige Fusionierung beider Gesellschaften nachdenken sollten. Außerdem wurde erklärt, dass auch wir selbstverständlich bereit sind, Kollegen aus der Bundesrepublik als Mitglieder aufzunehmen…

Ich halte es für notwendig und sinnvoll, unsere Erfahrungen und Auffassungen, sofern sie für die Zukunft des Fachgebietes tragfähig sind, in den Vereinigungsprozess einzubringen und unsere Positionen zu vertreten. Aus diesem Grunde bin ich gegen einen inhaltlich unvorbereiteten Zusammenschluss, denn wir bringen immerhin rund 600 - 700 größtenteils hochqualifizierte Mitglieder ein, die ein Recht darauf haben, sich zu äußern und gehört zu werden...

Seit kurzem gibt es jedoch ein Problem, das für mich und andere Kollegen kürzlich in München während der Biochemischen Analytika ganz deutlich erkennbar wurde. Es handelt sich darum, dass unser Vorstand von manchen Mitgliedern der DGKC nicht ohne weiteres als Verhandlungspartner akzeptiert wird. Man wünscht zu Recht, glaube ich, mit einem demokratisch legitimierten Vorstand zu verhandeln. Sonst sieht man Probleme hinsichtlich der Tätigkeit der paritätischen Arbeitsgruppe …“

Ich hatte meine Diskussionsbemerkung auf der Rückseite der Einladung schriftlich vorbereitet und sagte sinngemäß auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung:

1. Unsere Gesellschaft repräsentiert sowohl die Wissenschaftsentwicklung auf unserem Gebiet als auch den Leistungsbereich Labormedizin. In unserer Gesellschaft sind sowohl Ärzte als auch Naturwissenschaftler organisiert, das ist vernünftig und gut.
2. Heute ist eine Entscheidung zu treffen über die Legitimation des Vorstandes und der Beauftragten für die Verhandlungen. In einer Reihe von Instituten und Kliniken der Charité haben die Direktoren ebenfalls die Vertrauensfrage gestellt [4].
3. Wir sollten in das vereinigte Deutschland wichtige Elemente unserer Gesellschaft einbringen, die von Vorteil für unser Fachgebiet sind, z. B. das gute Miteinander von Ärzten und Naturwissenschaftler, die gute Organisation der Labor-Diagnostik und die staatliche Anerkennung des Fach-Naturwissenschaftler.
4. Ich bin dagegen, jetzt eine Mitgliedschaft in der BRD-Gesellschaft anzustreben, da das eine scheibchenweise Auflösung unserer Gesellschaft bedeutet. Wir sollten einen verantwortungsvollen, schrittweisen Zusammenschluss in Form einer Fusion vorbereiten.

5. Für die Zukunft unseres Fachgebietes ist wichtig, dass die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft im vereinigten Deutschland erhalten bleibt und das ist am ehesten möglich, wenn die Wissenschaftsentwicklung und der Leistungsbereich Laboratoriumsmedizin durch *eine* Gesellschaft vertreten wird und die Pathobiochemie und Klinische Chemie als Einheit betrachtet werden. Am vernünftigsten wäre, eine Dreier-Fusion von GKCLD, DGKC und GLM anzustreben.

Im Verlaufe der Mitgliederversammlung kam es zu zwei wichtigen Beschlüssen:

1. In einer geheimen Abstimmung wurde die Legitimation des Vorstandes bestätigt (53 ja, 16 nein, 5 Enthaltungen). Verglichen zur gemeinsamen Vorstandssitzung gab es neue Vorschläge für die paritätischen Kommissionen:

- Ausbildung der Studenten: *Hellthaler*, *Jaross*
- Weiter-, Fortbildung: *Graubaum*, *Fiedler*
- Standardisierung, Qualitätskontrolle: *Schellenberg*, *Grützmann*
- Grundsatzdokumente (Statut, Wahlordnung): *Dargel*, *Meißner*.

2. „Der Vorstand wurde beauftragt, offizielle Kontakte zur DGLM herzustellen, mit dem Ziel, geeignete gemeinsame Aktivitäten mit dieser Gesellschaft einzuleiten, die einen effektiven Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern der DGLM und der GKCLD bewirken. Dabei ist insbesondere der Standpunkt der DGLM zur Gleichberechtigung der Naturwissenschaftler zu klären."

Positionen der DGKC und der DGLM

Der 2. Beschluss führte zu erheblichen Irritationen auf Seiten der DGKC. Der Präsident der DGKC Prof. *Wisser* äußerte sich telefonisch gegenüber Prof. *Dummler*, „dass es nach seiner Meinung bei den Mitgliedern der DGKC Schwierigkeiten bezüglich der Vereinigung beider Gesellschaften geben werde und dass er selbst als primäres Ziel nicht die Erhöhung der Mitgliederzahl, sondern eine Anhebung des wissenschaftlichen Niveaus verfolge." Sehr viel deutlicher äußerte sich Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. H. *Greiling*: „… mit Erstaunen und auch mit Befremden habe ich von dem Vorstand unserer Gesellschaft vernommen, dass Sie auch Verhandlungen mit der DGLM führen. Vermutlich ist vielen Ihrer Mitglieder nicht bekannt, dass 1. nur die DGKC Mitglied der International Federation of Clinical Chemistry (IFCC) ist, jedoch nicht die DGLM…" U. a. durch das Standardwerk „Lehrbuch der Klinischen Chemie und Pathobiochemie" (*Greiling*, *Gressner*) war das eine unüberhörbare Stimme.

Die Verhandlungen zwischen GKCLD und DGKC gerieten daraufhin von Seiten der DGKC ins Stocken. In einem Brief des Vorsitzenden der DDR-Gesellschaft an den Vorsitzenden der BRD-Gesellschaft vom 11. Juli 1990 heißt es hierzu: „Ich darf Sie zunächst um Entschuldigung dafür bitten, dass ich das Missverständnis ausgelöst habe, indem ich in meinem Brief vom 7. Juni d. J. an Sie die Formulierung ´analoge Gespräche mit der DGLM´ gebraucht habe. Der Begriff ´analoge Gespräche´ beinhaltete keineswegs die Absicht, Verhandlungen über eine Fusionierung unserer Gesellschaft mit der DGLM zu führen, sondern lediglich informative Gespräche im Sinne fachlichen Erfahrungs- und Gedankenaustausches. Für den Vorstand der GKCLD der DDR kommt als Partner für eine Zusammenführung nur die DGKC in Frage … Es wird jedoch möglicherweise eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern unserer Gesellschaft geben, die mehr zur DGLM tendieren als zur DGKC. Bei der geplanten Fusionierung sollte man diesen Mitgliedern unserer Gesellschaft die Möglichkeit einräumen, sich dann der DGLM anzuschließen."

Von Seiten der DGLM ging man sehr viel entspannter mit der Situation um. Der Präsident der DGLM Prof. Dr. med. J. D. *Kruse-Jarres* schrieb am 20. Juni an Prof. *Dummler*: „Wie Sie unserem gemeinsamen Gedankenaustausch anlässlich der Analytika haben entnehmen können, wird dies von unserer Seite sehr begrüßt. Auch mit dem Präsidenten der DGKC, Herrn Prof. *Wisser*, besteht diesbezüglich voller Konsens, so dass es zu begrüßen wäre, zukünftig alle Gespräche über unser Fach und unser Arbeitsgebiet gemeinsam zu führen. Wir sind zu solchen Gesprächen und Diskussionen jederzeit bereit."

Während einer Tagung in Bonn („Die Klinische Chemie und der Europäische Binnenmarkt 1992; 5.Juli bis 7.Juli 1990) kam es abends bei einem Bier zu einem Gespräch von *Dummler*, *Laue, Müller* (Wien) und dem Autor dieses Beitrages. Dabei sagte *Dr. Laue*, für mich absolut logisch: „… wenn die

Fusion beider Gesellschaften beschlossen wird, ist eine formale Antragstellung der Mitglieder der DDR-Gesellschaft nicht notwendig, ansonsten ist es keine Fusion und man braucht nicht zu verhandeln."

Beitritt zum 1.1. 1991

In der August-Vorstandsitzung wurden die Weichen in eine andere Richtung gestellt: „Das Verfahren der Fusionierung sollte lediglich in der Form einer Willenserklärung (evtl. auf Formular mit Personalangaben, Bankverbindung etc.) jedes einzelnen Mitgliedes erfolgen und nicht in der Form einer regulären Antragstellung. Nach unserer Vorstellung sollte sie bereits mit Wirkung vom 1. Januar 1991 erfolgen... Der Vorsitzende wird beauftragt, den Inhalt und die Gestaltung der Willenserklärung (Dokument 1) mit dem Präsidenten der DGKC baldmöglichst abzustimmen und zu klären, ob alle Mitglieder der GKCLD im Besitz des Statuts sind."

Zu den MTA, die Mitglieder der Gesellschaft sind, heißt es: „Es ist abzusehen, dass eine Mitgliedschaft in der vereinigten Gesellschaft auf Grund des Statuts nicht möglich sein wird."

In der Oktober-Vorstandssitzung (2. Oktober 1990, für den 3. Oktober war der Beitritt von der Volkskammer beschlossen) berichtete der Vorsitzende „dass seitens der DGKC noch keine offizielle Stellungnahme zu den im Protokoll der letzten Vorstandssitzung mit der Fusionierung beider Gesellschaften dargestellten Fragen vorliegt." Es heißt weiter: „Zunächst wurde einhellig festgestellt, dass zur Frage Fusionierung mit der DGKC -ja oder nein- keine nochmalige Befragung der Mitglieder erforderlich ist. Der Vorsitzende hat in seinem Referat anlässlich der a.o. Mitgliederversammlung am 6. Juni d. J. die Absicht zur Fusionierung ausführlich dargestellt und begründet."

Am 6. November 1990 traf ein Brief des Vorsitzenden der BRD-Gesellschaft Prof. *Wisser* bei Prof. *Dummler* ein: „1. Es wird die Empfehlung ausgesprochen, dass die Mitglieder der GKCLD der DDR der DGKC zum 1.1.1991 beitreten. 2. Die Mitglieder der Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik der DDR mögen diese freiwillige Entscheidung durch eine Beitrittserklärung unter Beifügung eines wissenschaftlichen Werdegangs dokumentieren (Dokument 2). Der wissenschaftliche Werdegang ist nur für die Unterlagen der Gesellschaft. Sollten bei der GKCLD entsprechende Unterlagen vorliegen und diese der DGKC zur Verfügung gestellt werden, wäre dies nicht notwendig."

Auf der letzten Sitzung des Vorstandes am 13. November 1990, im Rahmen der ersten gemeinsamen Tagung beider Gesellschaften in Halle (a.o. und erweiterte Sitzung des Vorstandes der GKCLD mit dem Vorstand der DGKC (*Wisser*, *Breuer*, *Gressner*, *Laue*) beschloss der Vorstand „einstimmig, den Mitgliedern die Auflösung der Gesellschaft vorzuschlagen und hierüber eine statutengemäße Abstimmung herbeizuführen."

In Vorbereitung dieser Briefwahl richtete der Vorsitzende einen längeren Brief an die Mitglieder, in dem er „Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft" umriss und Einzelheiten zur Briefwahl mitteilte. Er schilderte seine Bemühungen um die Vereinigung seit Januar 1990 und verwies auf die Struktur und die Leistungen der Gesellschaft. Für einige Probleme gab er Empfehlungen („Es soll darauf hingewirkt werden, dass im vereinigten Deutschland eine postgraduale Weiterbildung der Naturwissenschaftler für alle Fachkollegen offiziell anerkannt wird"), für andere Probleme stellte er Fragen („Anerkennung der von uns verliehenen Ehrenmitgliedschaften?; Fortbestehen des Leonor-Michaelis-Preises?; … Zeitpunkt der Fusionierung?"). Im Brief heißt es weiter:

„Ende Oktober übermittelte mir der Präsident der DGKC, Prof. *Wisser*, die Stellungnahme des Vorstandes seiner Gesellschaft, die in folgenden 10 Punkten zusammengefasst ist…:

1. Es wird die Empfehlung ausgesprochen, dass die Mitglieder der GKCLD der ehemaligen DDR der Deutschen Gesellschaft für Klinische Chemie zum 1. Januar 1991 beitreten.

2. Die Mitglieder der GKCLD mögen diese freiwillige Entscheidung durch eine Beitrittserklärung unter Beifügung eines wissenschaftlichen Werdeganges dokumentieren. …

4. Ehrenmitgliedschaften: Im Mitgliederverzeichnis der DGKC werden diese Wissenschaftler als Ehrenmitglieder der ehemaligen GKCLD der DDR aufgeführt.

5. Der Leonor-Michaelis-Preis (Medaille und Plakette) soll erhalten bleiben (Abb. 3)…

Abb. 3: Medaille zum Leonor Michaelis Preis (Leonor Michaelis, 1875 – 1946; Abb. von Prof. T. Porstmann, MLS)

Prof. Wisser war der Auffassung, dass zwei Kollegen von uns in den Gesamtvorstand kooptiert werden können und dass der Zusammenschluss beider Gesellschaften zum 1. Januar 1991 erfolgen sollte."

Zusammen mit dem Protokoll der Briefwahl richtete der Vorsitzende „zum letzten Mal in meiner Eigenschaft als bisheriger Vorsitzender der Gesellschaft" einen Brief am 14.2.1991 an die Mitglieder der GKCLD mit der Information: Für die Auflösung der Gesellschaft haben gestimmt 89,71 %, gegen die Auflösung haben gestimmt 3,92 % und Stimmenthaltungen 6,37%. Entsprechend der Stimmenzahl wurden in den neuen Vorstand kooptiert: Dr. sc. nat. *Walter Hubl* (13,32 %) und Prof. Dr. sc. med. *Walter Dummler* (12,53 % der Stimmen).

Heute wird die DGKL auf ihrer Webseite (https://www.dgkl.de) wie folgt vorgestellt: „Die *Deutsche Vereinte Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsmedizin e. V*. (DGKL) ist die wissenschaftliche Fachgesellschaft der Laboratoriumsmedizin in Deutschland. Als Mitglied der European Federation of Clinical Chemistry and Laboratory Medicine (EFLM) und der International Federation of Clinical Chemistry and Laboratory Medicine (IFCC) vertritt sie Deutschland in der Laboratoriumsmedizin in Europa und weltweit. Sie ist im Jahre 2003 durch die Fusion der Deutschen Gesellschaft für Klinische Chemie (DGKC) und der Deutschen Gesellschaft für Laboratoriumsmedizin (DGLM) entstanden und hat derzeit mehr als 1100 Mitglieder."

In der Satzung heißt es: „Ordentliche Mitglieder Gesellschaft können werden:

- Fachärzte für Laboratoriumsmedizin und Inhaber der Anerkennung als Klinischer Chemiker,
- Naturwissenschaftler und Ärzte, die die Weiterbildung zum Klinischen Chemiker bzw. Facharzt für Laboratoriumsmedizin begonnen haben,
- Personen, die eine mehrjährige Tätigkeit im Sinne des Zwecks der Gesellschaft nachweisen können."

Es existieren eigene Berufsverbände für Laborärzte und Naturwissenschaftler:

- „Rund 1200 Fachärzte für Laboratoriumsmedizin arbeiten in Deutschland. Der Berufsverband Deutscher *Laborärzte* (BDL) ist ihre Interessenvertretung. Der BDL setzt sich innerhalb der Ärzteschaft und gegenüber der Politik für eine qualitativ hochwertige labormedizinische Versorgung ein" (http://www.bdlev.de).
- „Die BNLD (Berufsvereinigung der *Naturwissenschaftler in der Labordiagnostik*) wahrt, vertritt und fördert die berufspolitischen Interessen der in der Labordiagnostik tätigen Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler. Dies sind all diejenigen, die eine abgeschlossene Hochschulausbildung und eine entsprechende Qualifikation wie eine Weiterbildung der wissenschaftlichen Fachgesellschaften besitzen oder anstreben" (http://www.bnld.de).

4. Gesellschaft für Biochemie der DDR und der BRD

Die Vereinigung der *Biochemischen Gesellschaft (BG)* habe ich als einfaches Mitglied verfolgen können. Für die Biochemie gab es in jedem der beiden Länder eine Fachgesellschaft. Der Vereinigungsprozess der beiden biochemischen Gesellschaften zeigt deutliche Unterschiede gegenüber dem der labormedizinischen und neurowissenschaftlichen Gesellschaften. Den Standpunkt der Biochemischen Gesellschaft der DDR formulierte Prof. Dr. E. *Hofmann* [6]. „Im zurückliegenden Jahr gab es vielfältige Kontakte zwischen Vertretern der beiden Gesellschaften, bei denen der gemeinsame Wunsch spürbar war, die deutschen Biochemiker in einer einheitlichen deutschen biochemischen Gesellschaft zusammen zu führen. Das gemeinsame Anliegen war, den Biochemikern der ehemaligen DDR zu ermöglichen, in Würde die Vereinigung zu vollziehen und mit Optimismus in die Zukunft zu gehen. Die aus jeweils vier Mitgliedern bestehende Kommission beider Gesellschaften verabschiedete ein Papier, das die Modalitäten der Zusammenführung festlegte“. Den Standpunkt der Gesellschaft für Biologische Chemie der BRD (GBCh) beschreibt Prof. Dr. H. *Simon* [16]: „1. Die Mitglieder der Biochemischen Gesellschaft der DDR werden von der Gesellschaft für Biologische Chemie (GBCh) geschlossen übernommen. Die wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter, die Mitglieder der Biochemischen Gesellschaft der DDR sind, werden vom Vorstand der BG der DDR davon informiert… (Für den einmaligen Vorgang der geschlossenen Aufnahme von ca. 1.000 neuen Mitgliedern wird das Aufnahmeprozedere …außer Kraft gesetzt). 2. Die Ehrenmitglieder der BG der DDR werden als Mitglieder von der GBCh übernommen und bleiben von der Beitragszahlung befreit. In zukünftigen Mitgliederverzeichnissen werden sie als Ehrenmitglieder der ehemaligen BG der DDR aufgeführt, werden aber nicht Ehrenmitglieder der BGCh. 3. Die Einrichtung des Karl-Lohmann-Preises, eine Ehrung, die die BG der DDR an Nachwuchswissenschaftler verliehen hat, wird von der GBCh übernommen…. Die Übereinkunft einer generellen Übernahme der Mitglieder der BG der DDR in die BGCh gilt auch für Personen, die besonders in den 60er Jahren, unterstützt durch die politische Entwicklungen, die Trennung der Biochemiker in Deutschland eilfertig betrieben haben. Ein Richteramt über die Vergangenheit können wir uns nicht anmaßen, wo wäre anzufangen und wo aufzuhören? Diese Probleme müssen von den Betroffenen aufgearbeitet werden.“

Auf der Webseite der GBM (https://gbm-online.de/) wird die Geschichte der Vereinigung der beiden biochemischen Gesellschaften sachlich dargestellt:

- 1991 - Vereinigung der Gesellschaft für Biologische Chemie mit der Biochemischen Gesellschaft der DDR,
- Ehemalige Vorstandsmitglieder der GBM (namentlich),
- Ehemalige Vorstandsmitglieder der Biochemischen Gesellschaft der DDR (namentlich),
- Neben den von der GBM verliehenen Preisen und Ehrungen werden auch jene der Biochemischen Gesellschaft der DDR genannt: Karl-Lohmann –Preis, Preis der ehemaligen Biochemischen Gesellschaft der DDR, übernommen von der GBM; **nächste Preisvergabe** 2019, anlässlich der GBM-Herbsttagung in Tübingen

(https://gbm-online.de/preise-und-auszeichnungen-details/karl-lohmann-preis.html).

5. Zum Vereinigungsprozess aus heutiger Sicht

1. Zur Art und Weise der Vereinigung

Als sich die Möglichkeit einer Vereinigung der MWG beider Länder eröffnete, wurde diese von beiden Seiten mit Freude begrüßt. Jeder, der am Vereinigungsprozess von MWG teilgenommen hat, wird bestätigen, dass der Vereinigungsprozess in der ersten Phase auf einer sehr konstruktiven, freundschaftlichen und kollegialen Art und Weise erfolgte. Die Leistungen der MWG der DDR, obwohl in mancher Hinsicht materiell stärker begrenzt als die der BRD, konnten sich sehen lassen [1]. Man war sich auch bewusst [14]: „Wissenschaft ist überall und systemunabhängig nur ausnahmsweise Spitzenwissenschaft.“ In der ersten Phase (etwa bis Mitte 1990) begegneten sich die Vorstände der MWG auf Augenhöhe und waren entschlossen, eine faire und gleichberechtigte Fusion durchzu-

führen. Wie an zwei Beispielen (GKCLD und GNW) gezeigt, wurde der Einigungsprozess im Laufe des Jahres 1990 von Seiten der Vorstände der BRD-Gesellschaften zunehmend schwieriger. Sowohl bei der GKCLD als auch der GNW kam es letztlich zur Auflösung der DDR-Gesellschaften und zum Beitritt jedes einzelnen Mitgliedes in die BRD-Gesellschaft. Obwohl es in der BRD keine GNW gab und alle Neurowissenschaftler in Ost und West der Überzeugung waren, dass eine solche Gesellschaft notwendig war, musste die GNW der DDR aufgelöst werden. Der Einigungsprozess wurde zu einem Beitritt, ähnlich dem auf staatlicher Ebene.

Die Vereinigung von einer Reihe weiterer Fachgesellschaften ist von Bielka und Hohlfeld (1998) dargestellt worden [1]. Bei der *Gesellschaft für Humangenetik* kam es zu einem „vom Vorstand der westdeutschen Gesellschaft verbürgten kollektiven Beitritt der ehemaligen DDR-Gesellschaft… Allerdings war dieser Prozess mit der Streichung von Ehrenmitgliedschaften in der ehemaligen DDR-Gesellschaft verbunden." Über den Vereinigungsprozess der *Pharmakologischen Gesellschaften* ist zu lesen: „Im September bis November (1990) stimmten die Mitglieder der ostdeutschen Gesellschaft in einer Briefwahl dafür, ihre Gesellschaft sollte geschlossen – in toto – der westdeutschen Gesellschaft beitreten. Die westdeutsche Gesellschaft wies aber darauf hin, dass nach ihrer Satzung nur Einzelpersonen aufgenommen werden konnten. Deshalb wurde jedes Mitglied der ostdeutschen Gesellschaft angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. 170 Mitglieder entschieden sich für den Aufnahmeantrag, 19 dagegen, etwa 160 antworteten nicht. Die Liste von 170 Aufnahmeanträgen wurde, überarbeitet, der von Helmut Greim (*1935) geleiteten Mitgliederversammlung der westdeutschen Gesellschaft am 14. März 1991 in Mainz vorgelegt und weitgehend angenommen. Über 8 zurückgestellte Anträge beriet eine Wiedervereinigungskommission und entschied die nächste Mitgliederversammlung am 11. März 1992 in Mainz…Die *Deutsche Physiologische Gesellschaft* der alten Bundesrepublik stellte es den Mitgliedern der DDR-Gesellschaft frei, sich zu ihren Konditionen nach Auflösung der DDR-Gesellschaft um Aufnahme zu bemühen. Der studierte Naturwissenschaftler wurde als ´Facharzt für Physiologie´ nicht akzeptiert, und nur eine kleine Anzahl ehemaliger DDR-Physiologen hat den Zugang zur neuen gesamtdeutschen Gesellschaft gefunden, wo sie nur ´wenig willkommen´ waren“. Zur *Biochemischen Gesellschaft* heißt es [1]: „Die ehemaligen DDR-Wissenschaftler wurden auf Antrag ohne Bürgschaft und Evaluierung in die neue gesamtdeutsche Gesellschaft aufgenommen.“ Es soll besonders betont werden, dass die Gesellschaft für Biochemie und Molekularbiologie (GBM) alle Ehrenmitglieder der DDR Gesellschaft und ihre Preisträger anerkannt hat. Soweit bekannt, wurden alle klinischen DDR-Fachgesellschaften aufgelöst; die Mitglieder konnten zur Neuaufnahme einen Antrag stellen und Bürgen benennen [8].

Für die Bewertung der Art und Weise der Vereinigungsprozesse von MWG ist es hilfreich, diese mit dem Vereinigungsprozess einer wissenschaftlichen Gesellschaft eines anderen Fachgebietes, der Meteorologischen Gesellschaft der DDR (MG) zu vergleichen. „Es sei nicht verschwiegen, dass bei den ´Westlern´ eine große Unsicherheit darüber herrschte, wer denn im Osten…strikt regimetreu und wer neutral oder gar kritisch gewesen war... Zunächst einmal nahm man an, dass es zwei deutsche Staaten geben könne, die sich als Föderation oder in einer ähnlichen Struktur zusammenschließen würden. Im Laufe des Jahres 1990 ergab sich dann der Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland, was am 3. Oktober feierlich erfolgte…Parallel zu den Verhandlungen der Politiker nahmen auch die Vorstände der beiden Meteorologischen Gesellschaften Kontakt miteinander auf, um einen Fahrplan für die Zusammenarbeit, später für den Zusammenschluss vorzubereiten…Im Protokoll der Sitzung des Vorstandes der MG der DDR vom 15. 6. 1990 erklärte der Präsident Prof. *Bernhardt*: ´Gleichlaufend mit dem Prozess der staatlichen Vereinigung sollte sich der Prozess zur Herausbildung einer einheitlichen DMG gestalten… Mit Zustimmung und unter aktiver Einbeziehung der Mitglieder beider Gesellschaften sollte zu gegebener Zeit deren Vereinigung zu einer gemeinsamen wissenschaftlichen Gesellschaft aller deutscher Meteorologen erfolgen´“[18]. Nach mehreren Verhandlungsetappen kam es zur Abstimmung über die Fusion in der MG *und (!)* der DMG. Dem Anlass angemessen, erfolgte der Zusammenschluss beider Gesellschaften in einem *Festkolloquium (!)* am 27. Juni 1991 in Potsdam. „Denn es handelt sich ja nicht um eine Fusion von zwei Geschäftsfirmen, sondern um den Zusammenschluss von zwei Vereinigungen gleichgesinnter Mitglieder...“ In der Ansprache von *Jens Tauben-*

heim, dem turnusmäßig im Dezember 1990 neugewählten Präsidenten der MG, wurde auch erinnert an die Gründung der MG der DDR am 1. 3. 1957, deutlich vor der Gründung der ersten MWG in der DDR, der Biochemischen Gesellschaft, im Jahre 1962. *Horst Philipps*, einer der Gründerväter der MG sprach sogar von einem „ungewöhnlich langen Embryonalstadium“ und nannte als Gründe hierfür die politische Entwicklung nach dem von Hitler-Deutschland 1939 ausgegangenen 2. Weltkrieg. „An dieser Entwicklung ist nur eines sehr zu beklagen: dass sie sich in beiden widernatürlich getrennten Teilen unseres deutschen Vaterlandes unabhängig voneinander vollziehen musste. Aber ich meine, wir leisten der Sache, um die es geht, der Meteorologie, einen ungleich schlechteren Dienst mit beklagenswerten Feststellungen, als mit dem Entschluss, eine Zusammenarbeit einzuleiten und zu pflegen, soweit es die bestehenden Schranken zulassen. Es ist meine feste Überzeugung, dass sich die Wirksamkeit der auf deutschem Boden bestehenden Meteorologischen Gesellschaften in ihrer fachlichen Arbeit weitgehend parallel vollziehen kann und wird, und ich lasse mir darüber hinaus den gesunden Optimismus nicht rauben, dass diese Parallelität - der schließlich doch obsiegenden Kraft unseres nationalen Bewusstseins entsprechend - eine nichteuklidische sein wird, in dem Sinne also, dass deren Schnittpunkt nicht im Unendlichen liegt…“ [3].

Die Gründerväter der BG der DDR und der anderen MWG haben keinesfalls „die Trennung der Biochemiker in Deutschland eilfertig betrieben“; länger hätte man nicht warten dürfen, es wäre zu Lasten ihrer Bevölkerung, vor allem der Patienten, zu Lasten der jungen Generation und der medizinischen Wissenschaft der DDR gegangen. Durch die Bildung der MWG der DDR wurden neue Wege für die Zusammenarbeit im Rahmen der Jahrestagungen in der DDR, aber auch auf der Ebene der interanationalen Organisationen wie IFCC, IUB und FEBS eröffnet. Die Alternative wäre gewesen, die nachwachsende Generation vom wissenschaftlichen Gedankenaustausch in MWG für lange Zeit auszuschließen. Durch den Alleinvertretungsanspruch der BRD gegenüber der DDR wurde die Zusammenarbeit mit internationalen medizinischen Fachgesellschaften ohnehin viele Jahre blockiert [7, 9]. Leitlinien für die Gründung der MWG der DDR nach 1961waren politischer Realismus und Verantwortungsbewusstsein für das wissenschaftliche Leben und die Qualität der medizinischen Forschung und Betreuung der Bevölkerung.

Bemerkenswert und zugleich wegweisend für zukünftige Korrekturen sind die Festlegungen der „Vereinbarung zwischen der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft e. V. (DMG) und der Meteorologischen Gesellschaft e.V. (MG) zum Zusammenschluss beider Gesellschaften … 3. Alle Ehrenmitglieder der MG werden künftig als Ehrenmitglieder der DMG geführt… 6. In die Liste der von der DMG zu verleihenden Ehrungen von Persönlichkeiten wird die von der MG gestiftete Reinhard-Süring-Plakette aufgenommen… 9. Nützliche Kontakte aus den internationalen Verbindungen der DMG und der MG, insbesondere auch zu Ländern Osteuropas, werden weiter gepflegt und vertieft“ [18]. Selbst die Festlegungen der biochemischen Gesellschaft (https://gbm-online.de/ueber-die-gbm.html) erreichen nicht diesen Grad an Weitsicht, Fairness und Gleichberechtigung. Für mich ist besonders schmerzlich, dass die kollegiale Zusammenarbeit und die Solidarität mit unseren osteuropäischen Nachbarn, verglichen zu den Aktivitäten zu DDR-Zeiten, dramatisch schlechter geworden ist.

Es stellt sich die Frage: Warum gestaltete sich die Vereinigung in fast allen MWG so „schwierig“ und letztlich so unfair gegenüber den Mitgliedern der DDR-Gesellschaften? Von DDR-Seite gab es den Willen, gleichberechtigt und auf Augenhöhe eine Vereinigung anzustreben. Von Seiten der DDR-Regierung oder der Dachgesellschaft gab es absolut keine Vorgaben. Sicherlich spielten von Seiten der DDR bei Mitgliedern und Vorständen der MWG, „sozio-psychologische“ Faktoren wie „Verunsicherungen hinsichtlich der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der sozialen Stellung“ eine wichtige Rolle [1]. Die DDR war der Verlierer, die Abwicklung der Intelligenz der DDR war in vollem Gange. „Es war ein schmerzlicher Prozess eines brutalen personellen Austausches“ [17]. In dieser Situation wurden Forderungen zu einer gleichberechtigten und fairen Fusion von Vorständen auf DDR-Seite zu leise vorgetragen. Die Art und Weise der Vereinigung von MWG lag damit maßgeblich in Verantwortung der Vorstände der BRD-Gesellschaften. Von Seiten der BRD-Regierung war eine gleichberechtigte Fusion offensichtlich nicht gewollt, diese hätte die später einsetzende Abwicklung der DDR-

Wissenschaft erschwert. Die Eliten der Vorstände der MWG der BRD entschieden mit großer Mehrheit, die DDR-Gesellschaften aufzulösen und den DDR-Wissenschaftlern anzubieten, die Mitgliedschaft in den BRD Gesellschaften zu beantragen oder um diese zu „bitten". Die Vereinigung erfolgte so, wie die der beiden Länder, durch Beitritt. In dem Moment, in dem die DDR- Eliten die Heteronomie abgeschüttelt hatten, erwies sich die bewusste oder unbewusste Abhängigkeit der BRD-Eliten von ihren führenden politischen Parteien, der CDU/CSU als sehr robust. Im Prozess der Vereinigung der MWG war die Haltung der Vorstände der meisten MWG der BRD praktisch deckungsgleich mit der Haltung der Kohl-Regierung.

2. Erfahrungen aus der Arbeit der MWG der DDR

Die vorherrschende Meinung zur Wissenschaft in der DDR formuliert Jürgen Kocka [10] wie folgt: „Staat, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft und Kultur besaßen in der DDR keine funktionale Selbständigkeit, sondern waren dem politischen Führungsanspruch der Zentrale unterworfen. Zum Zwecke der politischen Steuerung, Kontrolle und Durchdringung aller Bereiche bestand ein ausgedehnter, zentral gelenkter, hierarchischer Herrschafts- und Verwaltungsapparat, der SED und Staatsorgane auf das Engste verband und jener die Vorhand über diese sicherte." Pasternack [14] relativiert die Abhängigkeit der Wissenschaft von der Partei- und Staatsführung: „In der DDR dominierte die Heteronomie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik… In der Bundesrepublik fand und findet fortwährend eine Auseinandersetzung zwischen Steuerungsoptimisten und Steuerungspessimisten statt – die nie eindeutig entschieden wurde und wechselnde Sieger sah und sieht." Richtig ist, dass die Gestaltung des wissenschaftlichen Lebens in den MWG der DDR bis auf die Reisefreiheit ins westliche Ausland, verglichen zu den staatlichen Wissenschafts-Institutionen, große Freiräume hatte und zahlreiche Formen eines intensiven wissenschaftlichen Dialogs ermöglichte.

Das wissenschaftliche Leben der MWG war geprägt durch eine Reihe wichtiger Prinzipien, die für das Gesundheitswesen jedes Staates von prinzipieller Bedeutung sind: Die enge Verbindung von Theorie und Praxis, die Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit, die Beachtung der Einheit von Forschung, Lehre, Krankenversorgung und Weiterbildung, die Zusammenfassung inhaltlich zusammen gehörender Fachgebiete zu Dachgesellschaften und die Wahrung und Achtung der wissenschaftlichen Traditionen. Diese Prinzipien wurden in den MWG der DDR gelebt und umgesetzt in Form von regelmäßigen Jahrestagungen mit Vorträgen von hervorragenden Wissenschaftlern aus Ost und West, regelmäßigen Treffen von Regionalgruppen, Arbeitsgruppen der MWG, interdisziplinären Expertengruppen und einer engen Zusammenarbeit von Universitäten bzw. Hochschulen mit den Strukturen der MWG, von Gemeinschaftstagungen verschiedener MWG und schließlich durch die Teilnahme an internationalen Tagungen und Mitwirkung in offiziellen Gremien von internationalen MWG. Für die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft in westlichen Ländern wirkte sich die Reisekader- Regelung extrem ungünstig aus.

Die Stärke des DDR-Gesundheitswesens lag vor allem in den Möglichkeiten der Zusammenarbeit, der Kooperation anstelle der Konkurrenz. So wurden mit den für die medizinische Betreuung wichtigen Fachgesellschaften wie Innere Medizin, Pädiatrie, Allgemeinmedizin, Hämatologie und Transfusionswesen Vereinbarungen und gemeinsame Aktivitäten über die Optimierung der Laboratoriumsdiagnostik getroffen. Für zahlreiche häufige Erkrankungen wurden gemeinsame Diagnosestrategien erarbeitet.

Positive Erfahrungen sind auch am Beispiel der Laboratoriumsdiagnostik gut zu verdeutlichen. Das Fachgebiet nannte sich früher und nennt sich heute in der BRD „Laboratoriumsmedizin". Die GKCLD der DDR rang gemeinsam mit den Gesellschaften anderer europäischer Ländern und der DGKC um die Einheit von „Pathobiochemie" und „Klinischer Chemie". Dahinter verbirgt sich auch heute noch die Auseinandersetzung um die Frage: Ist die Laboratoriumsmedizin primär ein technisches Fach oder ist es ein Fachgebiet wie z.B. die Pathologie mit einem theoretischen Teil, der allgemeinen Pathologie, und einem praktischen Teil, dem konkret diagnostischen Teil? Es gab scharfe Auseinandersetzungen zwischen der DGKC und der DGLM, bis hin zu Vorwürfen, dass die DGKC an Wissenschaft und die DGLM „nur am Geldverdienen" interessiert sei. Auch wenn es heute immer noch Tendenzen gibt,

die Pathobiochemie zurückzudrängen, so gilt vor allem für die Hochschulen und Universitäten, dass sich das Fachgebiet gegenüber anderen medizinischen Fachgebieten nur durchsetzen kann, wenn es eine solide theoretische Grundlage hat und diese sind die Biochemie und Molekularbiologie des krankhaften Geschehens.

Kennzeichnend für die Arbeit der MWG der DDR war die Einheit von Forschung, Lehre, Krankenversorgung und Weiterbildung*:* Sehr frühzeitig und sehr konsequent bemühten sich die Funktionäre und Mitglieder der GKCLD um die Qualifizierung von Naturwissenschaftlern in der Labordiagnostik und ihre staatliche Anerkennung. Das war die Voraussetzung, dass Fach - Naturwissenschaftler ein gleichberechtigter Partner des klinisch tätigen Arztes wurden. Gewachsen auch auf den begrenzten materiellen Unzulänglichkeiten in der Labordiagnostik, hatte sich in der DDR ein *effizientes labordiagnostisches System* entwickelt auf der Grundlage der konsequenten Durchsetzung der Stufendiagnostik und des Ringens um eine *wissenschaftlich begründete Anforderung von Laboruntersuchungen*. Die Defizite in der materiellen Bereitstellung von Geräten und Chemikalien wurden teilweise ausgeglichen durch kollegiale Zusammenarbeit. Das Konkurrenzstreben um Marktanteile und Gewinn hatte keine ökonomische Basis. Der Vergleich der Labordiagnostik im Jahre 1989 in der DDR und BRD hat aber auch gezeigt, dass auf die Dauer eine effiziente Labordiagnostik ohne materiell-technischen Fortschritt auf internationalem Niveau nicht möglich ist. Kollegialität und Kooperation können viel bewirken, aber nicht alles.

Gesundheitspolitische Zielstellungen sind ihrer Natur nach komplexe Probleme und erfordern ein komplexes wissenschaftliches Herangehen. Die Struktur der MWG und die gesellschaftlichen Bedingungen der DDR boten sehr gute Voraussetzungen für eine intensive interdisziplinäre Zusammenarbeit. Zu nennen sind bewusste Orientierung auf interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb und zwischen verschiedenen Dachgesellschaften, fehlendes Profitstreben und fehlende kontroverse Gruppeninteressen, da berufspolitische Probleme an anderer Stelle entschieden wurden. Die Existenz von Regionalgruppen von MWG ermöglichte einen intensiven Gedankenaustausch, innerhalb der Regionalgruppen und zwischen den Regionalgruppen und den Hochschuleinrichtungen.

Das gleichberechtigte Wirken von Fach-Naturwissenschaftlern für Klinische Chemie und Labormedizinern in den klinisch-chemischen Laboratorien und in einer Fachgesellschaft der DDR war zweifellos eine wichtige Errungenschaft. Es sollte bis zum Jahre 2003 dauern, bis die Diskrepanzen zwischen der DGKC und der DGLM beigelegt wurden und die jetzige „Deutsche Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsmedizin“ (DGKL) entstehen konnte, in der Ärzte und Naturwissenschaftler kollegial zusammenarbeiten (Dokument 3).

Als wir, die Sekretäre der GKCLD (Prof. *Wagenknecht,* Prof. *Thiele* und der Autor diese Beitrages) im Mai 2003, nach Gründung der Deutschen Vereinten Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsmedizin feststellen mussten, dass die Ehrenmitglieder und Preisträger der DDR-Gesellschaft im Mitgliederverzeichnis nicht erwähnt wurden, wandten wir uns am 12. 5. 2003 an Prof. *Oellerich*, den damaligen „Präsidenten der Deutschen Vereinten Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsmedizin e. V. mit der Bitte, jenen Kolleginnen/Kollegen, die wichtige Beiträge für die Entwicklung unseres Fachgebietes in der DDR geleistet haben und dafür geehrt wurden, in entsprechenden Dokumenten und Materialien der neuen Gesellschaft die gebührende Anerkennung und Würdigung zukommen zu lassen.“ Wir übermittelten eine Liste der Ehrenmitglieder und aller Preisträger (Dokument 4), erläuterten die Ehrung und baten um Beibehaltung des Leonor-Michaelis-Preises:

„Die Ehrung erfolgte in drei Formen:

– Der Leonor-Michaelis-Preis, bestehend aus einer Medaille und einer Urkunde, für herausragende wissenschaftliche Leistungen.
– Die Leonor-Michaelis-Medaille, bestehend aus der Medaille und einer Urkunde, für Verdienste um die Entwicklung des Fachgebietes für *ausländische* Wissenschaftler.
– Die Leonor-Michaelis-Plakette, bestehend aus der Plakette und einer Urkunde, für Verdienste um die Entwicklung des Fachgebietes in der DDR.“

Zugleich bitten wir zu prüfen, ob der Preis in einer geeigneten Form weiter verliehen werden kann, da Leonor Michaelis auf Grund seiner Persönlichkeit und seiner wissenschaftlichen Leistungen ein ausgezeichneter Namensgeber zur Förderung und Würdigung herausragender Leistungen in unserem Fachgebiet ist.

Mit freundlichen Grüssen

Prof. Dr. med. J. Gross Prof. Dr. med. H.J. Thiele Prof. Dr. med. C. Wagenknecht

Anlage 1: Liste der Ehrenmitglieder
Anlage 2: Liste der Preisträger

Wir haben nie eine Antwort erhalten.

3. Was tun?

Während der Vereinigungsprozess der beiden deutschen Staaten von den Entscheidungen der Volkskammer und des Bundestages bestimmt wurden (Beitritt statt Fusion), unterschied sich die Vereinigung der MWG dadurch, dass sie nicht den politischen oder gesetzgeberischen Vorgaben beider Länder folgen musste, sondern frei gestaltet werden konnte. Das bot die Möglichkeit einer fairen, gleichberechtigten Fusion. Tatsächlich gab es bis etwa Mitte des Jahres 1990 bei den Vorständen und Mitgliedern der MWG die Vorstellung einer gleichberechtigten Fusion in gegenseitiger Achtung und zum beiderseitigen Nutzen. Später wurden die Diskussionen zwischen den Vorständen zunehmend von den politischen Vorgaben der Kohl-Regierung dominiert, die meisten MWG der DDR wurden aufgelöst und jeder Wissenschaftler hatte sich neu zu bewerben. Viele DDR-Wissenschaftler empfanden das als Nichtanerkennung ihrer Lebensleistungen und fühlten sich als Wissenschaftler 2. Klasse eingestuft.

Nach 30 Jahren deutscher Einheit ist es ein Gebot der Vernunft und Gerechtigkeit, die Fehler der Vereinigung von MWG ehrlich zu benennen und sie soweit wie möglich zu korrigieren. Vorbild für die Korrekturen kann die Herangehensweise der GBM und der DMG sein. Hierzu gehören mindestens:

- Die Nennung der Existenz und die Anerkennung der Leistungen der MWG der DDR in den öffentlich zugänglichen Medien der Fachgesellschaften bzw. in Dokumenten zur Geschichte des Fachgebietes;
- Die Nennung der Ehrenmitglieder, der von DDR-Gesellschaften gestifteten Preise, der Träger dieser Preise und der Mitglieder der Vorstände der DDR-Gesellschaften, ähnlich wie bei der GBM. Man sollte dem weisen Rat folgen: „Ein Richteramt über die Vergangenheit können wir uns nicht anmaßen, wo wäre anzufangen und wo aufzuhören?“ [16];
- Es wäre ein Gewinn für die heutige BRD, wenn Wissenschaftler, die in der DDR geboren und aufgewachsen sind, mehr führende Funktionen in Staat und Gesellschaft übernehmen könnten. Immer neue Studien bestätigen, dass die deutschen Eliten immer noch westdeutsch und die ostdeutschen Eliten ohne Einfluss sind [15].

Die Wissenschaft der DDR ist Teil der deutschen Wissenschaftsgeschichte und es gibt keinen Grund diese auszuklammern. Es ist höchste Zeit nicht nur für eine ehrliche Bilanz, sondern vor allem für

notwendige Veränderungen in der Bewertung der Leistungen der Wissenschaftler und der Bevölkerung der DDR. Die Folgejahre werden hohe Anforderungen an die Innovationskraft der deutschen Wissenschaft stellen. Dafür sollten alle Potentiale genutzt werden.

Für wertvolle Hinweise danke ich Frau Prof. Gisela Jacobasch (MLS) und Herrn Prof. P. Oehme (MLS).

Literatur

1. Bielka H and Hohlfeld R (1998) Biomedizin. Forschungsberichte der interdiszilinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. In: Wissenschaft und Wiedervereinigung, Disziplinen im Umbruch, BBAW, Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg):79 -142.

2. Fischer E, Rohland L und Tutzke D (1979) Für das Wohl der Menschen. VEB Verlag Volk und Gesundheit: 185.

3. Freydank E (2009) Die Meteorologische Gesellschaft (in) der DDR –Ein Rückblick.
Annalen der Meteorologie, 125 Jahre Deutsche Meteorologische Gesellschaft. Tetzlaff, G., Lüdecke, C., Behr, HD. (Hg): 79-95

4. Gross J (2016) Wendezeit an der Charite. Eine Dokumentation zum sogenannten Elitenaustausch. Verlag am Park.

5. Hensel J (2019) Parität erscheint mir logisch. Interview von Jana Hensel mit Angela Merkel. Die Zeit 5 (24. Januar 2019): 4-5

6. Hofmann E (1990) Gedanken zur Vereinigung der beiden deutschen biochemischen Gesellschaften. Mitteilungsblatt der Biochemischen Gesellschaft der DDR 1990: 99-102

7. Hofmann E (2003) Samuel M. Rapoport wird 90. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin 58: 9-18

8. Jacobasch G (2019) Persönliche Mitteilung

9. Jacobasch G and Wagenknecht C (2013) Medizin - eine Biowissenschaft. Pankower Vorträge, Helle Panke e V, Heft 174: 8-9

10. Kocka J (1998) Wissenschaft und Politik in der DDR. In: Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Forschungsberichte der Interdiszilinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenscahften, Band 6. BBAW Jürgen Kocka / Renate Mayntz (Hg): 79-142

11. Meissner D and Jaross W (2002) Aspects of the Development of Clinical Chemistry and Laboratory Medicine in the former East Germany. Clin Chem Lab Med 40: 411- 418

12. Oehme P (2002) Planung und Selbstbestimmung in der Forschung - Erfahrungen aus der DDR. Veröff Med Ges 8: 69-75

13. Oehme P (2006) Fünf Jahrzehnte Forschung und Lehre in der Pharmakologie. Erlebtes und Gelebtes in der Wissenschaft. Trafo Verlag Berlin: 116

14. Pasternack P (2010) Politik und Wissenschaft in der DDR. Kontrastanalyse im Vergleich zur Bundesrepublik. In: Peer Pasternack (Hg), Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte in zeithistorischer Perspektive.15 Jahre zeitgeschichtliche Forschung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 4/12: 35-37

15. Schaefer E (2019) Mit ostdeutschen Wurzeln führt kein Weg nach ganz oben. Märkische Allgemeine, 16.-17.2. 2019

16. Simon H (1990) Zur Vereinigung der deutschen biochemischen Gesellschaften. Mitteilungsblatt der Biochemischen Gesellschaft der DDR: 92-98

17. Thierse W (2009) Wissenschaft und Wiedervereinigung. In Wissenschaft und Wiedervereinigung, Symposium im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2009, 24./25. November 2009. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

18. Wehry W (2009) Vereinigung der Meteorologischen Gesellschaft der DDR (MG) mt der DMG bis hin zur Gründung der EMS - Berichte von Zeitzeugen. Annalen der Meteorologie, 125 Jahre Deutsche Meteorologische Gesellschaft. Tetzlaff, G., Lüdecke, C., Behr, HD. (Hg): 108-114

Abkürzungen

AWMF–Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften e. V.

BDL - Berufsverband Deutscher Laborärzte

BNLD - Berufsvereinigung der Naturwissenschaftler in der Labordiagnostik

BG – Biochemische Gesellschaft der DDR

DGKC - Deutsche Gesellschaft für Klinische Chemie (BRD)

DGKL - Deutsche Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsmedizin e. V.

DGLM - Deutsche Gesellschaft für Laboratoriumsmedizin (BRD)

DMG – Deutsche Meteorologische Gesellschaft (BRD)

EFLM - European Federation of Clinical Chemistry and Laboratory Medicine

FEBS – Federation of European biochemical Societies

GBCh - Gesellschaft für Biologische Chemie

GBM – Gesellschaft für Biochemie und Molekularbiologie

GEM - Gesellschaft für experimentelle Medizin der DDR

GKCLD - Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik der DDR

GNW - Gesellschaft für Neurowissenschaften der DDR

IFCC - International Federation of Clinical Chemistry and Laboratory Medicine

IUB – International Union of Biochemistry

MG – Meteorologische Gesellschaft der DDR

MWG – Medizinisch-Wissenschaftliche Gesellschaften

RG – Regionalgruppen

Adresse des Verfassers: johann.gross@arcor.de

Anlagen:

Dokument 1: Vorschlag für das Aufnahmeformular von Prof. *Dummler.*

Entwurf
(soll gedruckt werden)
Dummler
4.10.90

An den Geschäftsführenden Sekretär
der Deutschen Gesellschaft für Klinische Chemie
Herrn
Prof.Dr. J. Breuer
Zentrallaboratorium des Marienhospitals
Virchowstraße 135
W-4650 Gelsenkirchen

Willenserklärung

Hiermit erkläre ich meine Absicht, im Zuge des Zusammenschlusses der Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik (der ehemaligen DDR) mit der Deutschen Gesellschaft für Klinische Chemie e.V. der vereinigten Gesellschaft als Mitglied anzugehören.
Ich erkenne die Satzung der Gesellschaft an sowie den Beschluß, wonach eine evtl. noch gegenüber der Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik bestehende Beitragsschuld für zurückliegende Mitgliedsjahre als Schuld gegenüber der vereinigten Gesellschaft weiterhin besteht.

Name:_____
Vorname (ausgeschrieben):_____ Geb.-Datum:_____
akadem. Grade (Prof., Dr. ..., Dipl.-.....):_____
tätig als:_____
Eine postgraduale Weiterbildung als Facharzt für _____
bzw. Fach_____ der Medizin für_____ habe ich abgeschlossen im Jahre _____, bzw. (wenn noch nicht abgeschlossen) im Jahre _____ begonnen.
Ich bin Mitglied der Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik seit 19____.
Meine Privatanschrift (mit Tel.) lautet:_____
_____
_____
Meine Dienstanschrift (mit Tel.) lautet:_____
_____
_____

Ort und Datum Unterschrift

Dokument 2: Vorschlag für das Aufnahmeformular der DGKC

An den Geschäftsführenden Schriftführer
der Deutschen Gesellschaft für Klinische Chemie e.V.

Herrn
Prof. Dr. J. Breuer
Zentrallaboratorium des Marienhospitals
Virchowstr. 135
D 4650 Gelsenkirchen

Antrag auf Mitgliedschaft

Ich bitte um Aufnahme in die Deutsche Gesellschaft
für Klinische Chemie e.V.

_____

Name: _____

Vorname (ausgeschrieben): _____

Geburtsdatum: _____

Titel: _____
(Prof., PD, Dr.. Dipl.-., akad.Titel vollständig eintragen

Dienstanschrift:

Institut/Klinik/Firma: _____

Abteilung: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

Postleitzahl, Ort: _____ Bundesland: _____

Telefon: ( ) _____ Telefax: ( ) _____

Falls Sie die Aussendungen der DGKCh an Ihre Privatanschrift gerichtet wünschen, bitte diese Änderung **zusätzlich** zur Dienstanschrift hier angeben:

Privatanschrift:

Straße, Haus-Nr.: _____

Postleitzahl, Ort: _____ Telefon: ( ) _____

Ich bin Mitglied der Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik seit: _____

Einen wissenschaftlichen Werdegang füge ich bei.

_____
Datum Unterschrift

Dokument 3: Information über die Gründung der DGKL e. V.

DEUTSCHE VEREINTE GESELLSCHAFT FÜR KLINISCHE CHEMIE UND LABORATORIUMSMEDIZIN e.V.

DGKC DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR KLINISCHE CHEMIE e.V.

Der Präsident

Prof.Dr.med.Dr.h.c. M.Oellerich, Georg-August-Universität / Zentrallabor
Robert-Koch-Str. 40, 37075 Göttingen

Präsident: Prof. Dr. med. Dr. h.c. M Oellerich
Vizepräsident: Prof. Dr. K. Kleesiek
Schatzmeister: Prof. Dr. H. Patscheke
Schriftführer: Prof. Dr. W. Vogt
Weiteres Präsidiumsmitglied Prof. Dr. I. Schimke
Weiteres Präsidiumsmitglied Dr. U. Merten

An die
Mitglieder der DGKL

Freitag, 09. Mai 2003

Erfolgreicher Abschluss des Fusionsprozesses

Liebe Frau Kollegin, lieber Herr Kollege,

Vorstand und Präsidium der beiden nun nicht mehr existierenden Altgesellschaften und das Präsidium unserer neuen fusionierten Gesellschaft freuen sich, Ihnen die

Eintragung der Deutschen Vereinten Gesellschaft für Klinische Chemie und Laboratoriumsmedizin

zum 8. Mai 2003 mitteilen zu können. Sie tritt rückwirkend zum 1. Juli 2002 in Kraft.

Mit diesem Schritt haben DGKC und DGLM den Grundstein für eine erfolgreiche Weiterentwicklung und wirkungsvolle Vertretung unseres Fachgebietes gelegt. Der interdisziplinäre Charakter der Klinischen Chemie und der Laboratoriumsmedizin ist durch die kombinierte Expertise von Ärzten und Naturwissenschaftlern unsere Stärke. Die Fusion beider wissenschaftlichen Fachgesellschaften zur DGKL, mit über 1200 Mitgliedern, setzt erhebliche Energien frei und trägt insbesondere dazu bei, für den Nachwuchs an Laborärzten und Klinischen Chemikern bessere Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Es liegt nun an uns, die nicht geringen Herausforderungen mit frischer, vereinter Kraft zu meistern. Zur aktiven Mitarbeit sind deshalb alle Mitglieder ausdrücklich aufgerufen. Unser Ziel ist eine lebendige, motivierte Fachgesellschaft, die die Zukunft gestalten will.

Die DGKL dankt Herrn Patscheke und Herrn Vogt sowie unserem Rechtsberater, Herrn RA E.Besold, für ihr hohes Engagement und ihre Kreativität bei der Umsetzung der Fusion sowie natürlich Ihnen, die Sie durch Ihr überzeugendes Votum in den Mitgliederversammlungen den Weg für den Zusammenschluss frei gemacht haben.

Mit den besten Grüßen

Prof.Dr.Dr.Dr.h.c.A.Grünert
Präsident der DGKC

Prof.Dr.Dr.h.c.M.Oellerich
Präsident der DGKL

Prof.Dr.W.Vogt
Präsident der DGLM

Prof. Dr. med. Dr. h.c. M. Oellerich, Georg-August-Universität Göttingen, Abteilung Klinische Chemie / Zentrallabor
Robert-Koch-Strasse 40, 37075 Göttingen, Telefon: 0551/39-8561, Telefax: 0551/39-8551
E-Mail: michael.oellerich@med.uni-goettingen.de, Internet: www.dglm.de

Dokument 4: Ehrenmitglieder und Preisträger der GKCLD der DDR

Anlage 1: Ehrenmitglieder

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. L. Lohmann [1972]

Prof. Dr. sc. med. E. Goetze [1973]

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. S. M. Rapoport [1973]

Dr. Z. Cicvarek [1975]

Prof. Dr- hab. J. Krawczynski [1975]

Prof. Dr. sc. med. W.W. Menschikow [1975]

Dr. rer. techn. Dipl.Chem. W. Mathias [1980]

Prof. Dr. med. Dr. sc. T.R. Niederland [1980]

Prof. Dr. P. B. Astrup [1983]

Prof. Dr. sc. med. H. Baufeld [1984]

Prof. Dr. sc. med. A. Knapp [1984]

Prof. Dr. sc. med. R. J. Haschen [1985]

Doz. Dr. phil. Dr. rer. nat. habil H.J. Raderecht [1986]

Prof. Dr. med. habil. Dr. rer. nat. habil. H. Keller [1988]

Prof. Dr. med. habil. K. Jobst [1988]

Prof. Dr. phil. habil. G. M. Kostner [1988]

Anlage 2: Preisträger

Leonor-Michaelis-Preis:

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. S. M. Rapoport (1979)
Prof. Dr. sc. med. R.J. Haschen (1979)
Doz. Dr. sc. nat. H.-J. Raderecht (1979)
Prof. Dr. sc. med. D.W. Scheuch (1979)
Prof. Dr. med habil E. Egger (1983)
Prof. Dr. sc. med. T. Porstmann (1985)
Prof. Dr. sc. med. Bärbel Porstmann (1985)
Dr.sc. nat. W. Hubl (1985)
Prof. Dr. sc. med. K. Jung (1985)
Dr. rer. nat. L. H. Schmidt (1986)
Prof. Dr. sc. med. K. Thielmann (1988)
Prof. Dr. sc. med. U. Till (1988)
Prof. Dr. sc. med. habil. C. Wagenknecht (1988)
Prof. Dr. sc. med. W. Dummler (1990)

Leonor-Michaelis-Medaille:

Prof. Dr. Dr. h.c. R. Ammon (1979)
Prof. Dr. med. E. Kaiser (1985)
Prof. Dr. D. W. Moss (1988)
Prof. Dr. med. M.M. Müller (1990)
Prof. Dr. B. Puschendorf (1990)

Leonor-Michaelis-Plakette:

Doz. Dr. rer. nat. habil. M. Büchner (1988)
Dipl. Chem. H. Krause (1988)
Dr. rer. nat. Karel Macek (1988)
Dr. sc. nat. J. Wagner (1988)